**Europäisches Parlament**
2019-2024

*Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*

**2022/0278(COD)**

4.7.2023

# STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates
(COM(2022)0459 – C9-0315/2022 – 2022/0278(COD))

Verfasser der Stellungnahme: Marc Angel

PA_Legapp

## ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

**Änderungsantrag 1**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Titel 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Vorschlag für eine | Vorschlag für eine |
| VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES | VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES |
| zur Schaffung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt ***und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates*** | zur Schaffung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt ***und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates*** |
| (Text von Bedeutung für den EWR) | (Text von Bedeutung für den EWR) |

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung -1 (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(-1) Gemäß den Vertragen sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts sicherzustellen. Deshalb sollten sie keine Maßnahmen ergreifen, die den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr oder die Freizügigkeit der Personen behindern könnten, und alle erforderlichen Maßnahmen zur Erleichterung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit treffen.*** |

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Frühere Krisen, insbesondere die ersten Tage der COVID-19-Pandemie, haben gezeigt, dass der innereuropäische Markt (auch als Binnenmarkt bezeichnet) ***und*** seine Lieferketten durch solche Krisen schwer beeinträchtigt werden können ***und*** dass geeignete Krisenmanagementinstrumente und Koordinierungsmechanismen entweder fehlen, nicht alle Aspekte des Binnenmarkts abdecken oder keine rechtzeitige Reaktion auf solche Auswirkungen ermöglichen. | (1) Frühere Krisen, insbesondere die ersten Tage der COVID-19-Pandemie, haben gezeigt, dass der innereuropäische Markt (auch als Binnenmarkt bezeichnet)***,*** seine Lieferketten***, Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher*** durch solche Krisen schwer beeinträchtigt werden können***, dass der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr und die Freizügigkeit nicht ausreichend geschützt sind, obwohl sie in den Verträgen verankert sind,*** und dass geeignete***, harmonisierte*** Krisenmanagementinstrumente und Koordinierungsmechanismen entweder fehlen, nicht alle Aspekte des Binnenmarkts abdecken oder keine rechtzeitige ***und wirksame*** Reaktion auf solche Auswirkungen ermöglichen. |

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1a) Während der COVID-19-Pandemie waren die am stärksten betroffenen Sektoren durch eine starke Abhängigkeit von mobilen Arbeitnehmern, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen, gekennzeichnet. Diese Arbeitnehmer, die eine wesentliche Rolle spielten, als es darum ging, die Wirtschaft der Union am Laufen zu halten, waren besonders von den unkoordinierten Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit betroffen. Sie erhielten häufig keine angemessene Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Freizügigkeit, waren mit einem enormen Verwaltungsaufwand konfrontiert und hatten unter den*** |

| | |
|---|---|
| | ***fehlenden Informationen über die ergriffenen Maßnahmen oder deren Dauer zu leiden. Die Einschränkungen der Freizügigkeit verschärften die Hindernisse für mobile Arbeitnehmer, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen. Während für einige von ihnen kein Grenzübertritt möglich war, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen, waren andere infolge der Reisebeschränkungen und rechtlichen Hindernisse, die sie daran hinderten, ihre Aufgaben in Fernarbeit zu erfüllen, gezwungen, sich monatelang in dem Mitgliedstaat ihres Arbeitgebers aufzuhalten, ohne die Möglichkeit zu haben, in das Land ihres Wohnsitzes oder ihrer Familie zurückzukehren.*** |

**Änderungsantrag 5**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Die Union war – insbesondere in der Anfangsphase der COVID-19-Pandemie – nicht hinreichend vorbereitet, um eine effiziente Herstellung, Beschaffung und Verteilung von krisenrelevanten nichtmedizinischen Waren wie persönlicher Schutzausrüstung zu gewährleisten, und die Ad-hoc-Maßnahmen der Kommission zur Wiederherstellung des Funktionierens des Binnenmarkts und zur Gewährleistung der Verfügbarkeit krisenrelevanter nicht medizinischer Waren während der COVID-19-Pandemie waren zwangsläufig reaktiv. Die Pandemie hat auch offenbart, dass es keinen zufriedenstellenden Überblick über die Produktionskapazitäten sowie die Schwachstellen bei den globalen Lieferketten gibt. | (2) Die Union war – insbesondere in der Anfangsphase der COVID-19-Pandemie – nicht hinreichend vorbereitet, um eine effiziente Herstellung, Beschaffung und Verteilung von krisenrelevanten nichtmedizinischen Waren wie persönlicher Schutzausrüstung zu gewährleisten, und die Ad-hoc-Maßnahmen der Kommission zur Wiederherstellung des Funktionierens des Binnenmarkts und zur Gewährleistung der Verfügbarkeit krisenrelevanter nicht medizinischer Waren während der COVID-19-Pandemie waren zwangsläufig reaktiv**.** Die Pandemie hat auch offenbart, dass es keinen zufriedenstellenden Überblick über die Produktionskapazitäten sowie die Schwachstellen bei den globalen Lieferketten gibt***, einschließlich mangelnder Resilienz und Abhängigkeit*** |

***von autoritären Regimen***.

**Änderungsantrag 6**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Maßnahmen der Kommission verzögerten sich um mehrere Wochen, da es keine unionsweiten Notfallplanungsmaßnahmen gab und nicht klar war, mit welchem Teil der nationalen Verwaltung Kontakt aufzunehmen war, um rasche Lösungen für die krisenbedingten Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu finden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass unkoordinierte restriktive Maßnahmen der Mitgliedstaaten die Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt weiter ***verschärfen würden***. Es stellte sich heraus, dass es Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Behörden der Union in Bezug auf Notfallplanung, Koordinierung auf technischer Ebene sowie Zusammenarbeit und Informationsaustausch bedarf. | (3) Die Maßnahmen der Kommission verzögerten sich um mehrere Wochen, da es keine unionsweiten Notfallplanungsmaßnahmen gab und nicht klar war, mit welchem Teil der nationalen Verwaltung Kontakt aufzunehmen war, um rasche Lösungen für die krisenbedingten Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu finden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass unkoordinierte restriktive Maßnahmen der Mitgliedstaaten die Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt weiter ***verschärften***. Es stellte sich heraus, dass es ***zur Sicherstellung von Planbarkeit klare und transparente Regeln und*** Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und den Behörden der Union ***sowie den Sozialpartnern und anderen Interessenträgern*** in Bezug auf Notfallplanung, Koordinierung auf technischer Ebene sowie Zusammenarbeit und Informationsaustausch bedarf. ***Den Sozialpartnern kommt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Koordinierungsbemühungen und der Ausarbeitung und Umsetzung der Notfallmaßnahmen zu, unter anderem, wenn es darum geht, einschlägige Informationen bei den Arbeitnehmern, Unternehmen und Wirtschaftsbeteiligten zu verbreiten.*** |

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (4) Repräsentative Verbände der Wirtschaftsteilnehmer haben darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsteilnehmer während der Pandemie nicht über ausreichende Informationen über die Krisenreaktionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten verfügten, was einerseits darauf zurückzuführen ist, dass sie nicht wussten, wo diese Informationen einzuholen waren, und andererseits durch sprachliche Beschränkungen und den Verwaltungsaufwand bedingt war, der mit wiederholten Anfragen in allen Mitgliedstaaten verbunden war, insbesondere in einem sich ständig ändernden Regelungsumfeld. Dadurch wurden sie daran gehindert, bei ***Geschäftsentscheidungen*** fundiert abzuwägen, inwieweit sie sich auf ihre Rechte auf freien Verkehr berufen ***oder*** ihre grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten während der Krise fortsetzen können. Es ist notwendig, die Verfügbarkeit von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf nationaler und Unionsebene zu verbessern. | (4) Repräsentative Verbände der Wirtschaftsteilnehmer***, Gewerkschaften und Arbeitgeber*** haben darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsteilnehmer***, Arbeitnehmer und Unternehmen*** während der Pandemie nicht über ausreichende Informationen über die Krisenreaktionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten verfügten, was einerseits darauf zurückzuführen ist, dass sie nicht wussten, wo diese Informationen einzuholen waren, und andererseits durch sprachliche Beschränkungen und den Verwaltungsaufwand bedingt war, der mit wiederholten Anfragen in allen Mitgliedstaaten verbunden war, insbesondere in einem sich ständig ändernden Regelungsumfeld. Dadurch wurden sie daran gehindert, bei ***Entscheidungen*** fundiert abzuwägen, inwieweit sie sich auf ihre Rechte auf freien Verkehr berufen ***und/oder*** ihre grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten während der Krise fortsetzen können. Es ist notwendig, die Verfügbarkeit von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf nationaler und Unionsebene zu verbessern. |

**Änderungsantrag 8**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (5) Diese jüngsten Ereignisse haben auch deutlich gemacht, dass die Union besser auf mögliche künftige Krisen vorbereitet sein muss, was insbesondere angesichts der anhaltenden Auswirkungen des Klimawandels und der dadurch hervorgerufenen Naturkatastrophen sowie der weltweiten wirtschaftlichen und geopolitischen Instabilität gilt. Da nicht bekannt ist, welche Art von Krisen als | (5) Diese jüngsten Ereignisse haben auch deutlich gemacht, dass die Union besser auf mögliche künftige Krisen vorbereitet sein muss, was insbesondere angesichts der anhaltenden***, sich verschlimmernden*** Auswirkungen des Klimawandels und der dadurch hervorgerufenen Naturkatastrophen sowie der weltweiten wirtschaftlichen und geopolitischen Instabilität gilt. Da nicht |

nächste auftreten und schwerwiegende Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten haben könnte, muss ein Instrument vorgesehen werden, das im Hinblick auf ***die Auswirkungen einer Vielzahl von Krisen auf den Binnenmarkt*** Anwendung findet.

bekannt ist, welche Art von Krisen als nächste auftreten und schwerwiegende Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten haben könnte, muss ein ***Kriseninstrument*** vorgesehen werden, das ***die Widerstandsfähigkeit stärkt, die Transparenz verbessert und klare Regeln für die Krisenbewältigung vorgibt und*** das im Hinblick auf ***Störungen des Binnenmarkts für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen*** Anwendung findet.

**Änderungsantrag 9**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (7) Da die spezifischen Aspekte künftiger Krisen, die sich auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten auswirken würden, schwer vorherzusagen sind, sollte mit dieser Verordnung ein allgemeiner Rahmen für die Antizipation der negativen Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten sowie die Vorbereitung darauf und deren Abmilderung und Minimierung geschaffen werden**.** . | (7) Da die spezifischen Aspekte künftiger Krisen, die sich auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten auswirken würden, schwer vorherzusagen sind, sollte mit dieser Verordnung ein allgemeiner Rahmen für die Antizipation ***und Vorbeugung*** der negativen Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten sowie die Vorbereitung darauf und deren Abmilderung und Minimierung geschaffen werden***, wobei zugleich dafür Sorge zu tragen ist, dass bei sämtlichen krisenbezogenen Notfallmaßnahmen die grundlegenden Menschenrechte und Rechte und Garantien der Arbeitnehmer umfassend geachtet werden sowie der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen im Einklang mit den Verträgen erleichtert wird***. |

**Änderungsantrag 10**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 8**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (8) Der mit dieser Verordnung festgelegte Maßnahmenrahmen sollte in kohärenter, transparenter, effizienter, verhältnismäßiger und zeitnaher Weise angewandt werden, wobei der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher Funktionen, d. h. einschließlich der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit, gebührend Rechnung zu tragen ist ***und*** die Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Schutz der nationalen Sicherheit und ihre Befugnis zur Wahrung anderer wesentlicher staatlicher Funktionen, einschließlich der Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Staates und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zu beachten sind. | (8) Der mit dieser Verordnung festgelegte Maßnahmenrahmen sollte in kohärenter, transparenter, effizienter, verhältnismäßiger und zeitnaher Weise angewandt werden, wobei der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher Funktionen, d. h. einschließlich der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit, gebührend Rechnung zu tragen ist ***und gleichzeitig*** die Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Schutz der nationalen Sicherheit und ihre Befugnis zur Wahrung anderer wesentlicher staatlicher Funktionen, einschließlich der Wahrung der territorialen Unversehrtheit des Staates und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, zu beachten sind. ***In diesem Maßnahmenrahmen sollte auch umfassend anerkannt werden, dass den Sozialpartnern bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Notfallmaßnahmen eine wichtige Rolle zukommt, und die Achtung des Rechts der Sozialpartner auf Tarifverhandlungen sowie die Achtung der Autonomie der Sozialpartner sollten uneingeschränkt sichergestellt sein.*** |

**Änderungsantrag 11**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 9 – Spiegelstrich 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| — die notwendigen Mittel, um das anhaltende Funktionieren des Binnenmarkts***, der*** auf dem Binnenmarkt ***tätigen*** Unternehmen ***und seiner*** strategischen Lieferketten zu gewährleisten, einschließlich des freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der Freizügigkeit sowie der Verfügbarkeit von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und | — die notwendigen Mittel, um das anhaltende Funktionieren des Binnenmarkts ***auch in Krisenzeiten sowohl für*** auf dem Binnenmarkt ***tätige*** Unternehmen ***als auch für ihre*** strategischen Lieferketten zu gewährleisten, einschließlich des freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der Freizügigkeit ***unter sicheren Bedingungen*** sowie der Verfügbarkeit von |

| | |
|---|---|
| Bürger, Unternehmen und Behörden ***in Krisenzeiten***, | krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden ***bei gleichzeitiger Wahrung der Arbeitnehmerrechte und von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz***, |

**Änderungsantrag 12**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 9 – Spiegelstrich 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| — ein Forum für angemessene Koordinierung, Zusammenarbeit und Informationsaustausch und | — ein Forum für angemessene Koordinierung, Zusammenarbeit und Informationsaustausch***, auch mit Blick auf eine Beschleunigung der Verwaltungsverfahren, wie Anmeldung, Registrierung und Genehmigung, unter Nutzung des uneingeschränkten Potenzials digitaler Instrumente*** und |

**Änderungsantrag 13**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 9 – Spiegelstrich 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| — die Mittel für die rechtzeitige Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der Informationen, die für eine gezielte Reaktion und ein angemessenes Marktverhalten der Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger während einer Krise erforderlich sind. | — die Mittel für die rechtzeitige Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der Informationen, die für eine gezielte Reaktion und ein angemessenes Marktverhalten der Unternehmen***, Arbeitnehmer*** und Bürgerinnen und Bürger während einer Krise erforderlich sind. |

**Änderungsantrag 14**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 10**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (10) Nach Möglichkeit sollte diese | (10) Nach Möglichkeit sollte diese |

| | |
|---|---|
| Verordnung die Antizipation von Ereignissen und Krisen auf der Grundlage laufender Analysen strategisch wichtiger Bereiche der Wirtschaft des Binnenmarkts und der andauernden zukunftsorientierten Arbeiten der Union ermöglichen. | Verordnung die Antizipation ***und Vorbeugung*** von Ereignissen und Krisen auf der Grundlage laufender Analysen strategisch wichtiger Bereiche der Wirtschaft des Binnenmarkts und der andauernden zukunftsorientierten Arbeiten der Union ermöglichen. |

**Änderungsantrag 15**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 17**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (17) In Artikel 21 AEUV ist das Recht der EU-Bürgerinnen und -Bürger festgelegt, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten. Die genauen Bedingungen und Beschränkungen sind in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegt. In dieser Richtlinie sind die allgemeinen Grundsätze für diese Beschränkungen und die Gründe festgelegt, die zur Rechtfertigung solcher Maßnahmen herangezogen werden können. ***Zu den*** Gründen ***zählen Belange*** der öffentlichen Ordnung, Sicherheit ***oder*** Gesundheit***. In diesem Zusammenhang können Beschränkungen des freien Verkehrs gerechtfertigt sein, wenn sie verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sind.*** Mit der vorliegenden Verordnung sollen keine zusätzlichen Gründe für die Beschränkung des Rechts auf Freizügigkeit vorgesehen werden, die über die in Kapitel VI der Richtlinie 2004/38/EG vorgesehenen hinausgehen. | (17) In Artikel 21 AEUV ist das Recht der EU-Bürgerinnen und -Bürger festgelegt, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten. Die genauen Bedingungen und Beschränkungen sind in der Richtlinie 2004/38/EG festgelegt. In dieser Richtlinie sind die allgemeinen Grundsätze für diese Beschränkungen und die Gründe festgelegt, die zur Rechtfertigung solcher Maßnahmen herangezogen werden können. ***Die Mitgliedstaaten verzichten auf die Einführung von Beschränkungen der Freizügigkeit von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern und ihren Familienmitgliedern sowie von Drittstaatsangehörigen mit rechtmäßigem Aufenthalt oder Wohnsitz im Gebiet von Mitgliedstaaten sowie von Flüchtlingen und Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz aus Gründen*** der öffentlichen Ordnung, Sicherheit ***und*** Gesundheit***, die eine unmittelbare Diskriminierung darstellen***. Mit der vorliegenden Verordnung sollen keine zusätzlichen Gründe für die Beschränkung des Rechts auf Freizügigkeit vorgesehen werden, die über die in Kapitel VI der Richtlinie 2004/38/EG vorgesehenen |

hinausgehen.

**Änderungsantrag 16**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 18**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (18) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zur ***Wiederherstellung*** und Erleichterung der Freizügigkeit und alle anderen Maßnahmen, die sich auf die Freizügigkeit auswirken, beruhen auf Artikel 21 AEUV und ergänzen die Richtlinie 2004/38/EG, ohne deren Anwendung bei einem Binnenmarkt-Notfall zu beeinträchtigen. Diese Maßnahmen sollten nicht dazu führen, dass Beschränkungen des freien Verkehrs, die den Verträgen oder anderen Bestimmungen des Unionsrechts zuwiderlaufen, genehmigt oder gerechtfertigt werden. | (18) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zur ***Sicherstellung*** und Erleichterung der Freizügigkeit und alle anderen Maßnahmen, die sich auf die Freizügigkeit auswirken, beruhen auf Artikel 21 AEUV und ergänzen die Richtlinie 2004/38/EG, ohne deren Anwendung bei einem Binnenmarkt-Notfall zu beeinträchtigen. Diese Maßnahmen sollten nicht dazu führen, dass Beschränkungen des freien Verkehrs, die den Verträgen oder anderen Bestimmungen des Unionsrechts zuwiderlaufen, genehmigt oder gerechtfertigt werden. |

**Änderungsantrag 17**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 19**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (19) In Artikel 45 AEUV ist das Recht der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen festgelegt. Die vorliegende Verordnung enthält Bestimmungen, die die bestehenden Maßnahmen ergänzen, damit bei einem Binnenmarkt-Notfall die Freizügigkeit ***gestärkt***, die Transparenz erhöht und Amtshilfe geleistet werden können. Zu diesen Maßnahmen gehört die Einrichtung und Bereitstellung zentraler Anlaufstellen für Arbeitnehmer und ihre | (19) In Artikel 45 AEUV ist das Recht der Arbeitnehmer auf Freizügigkeit vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen festgelegt. Die vorliegende Verordnung enthält Bestimmungen***,*** die die bestehenden Maßnahmen ergänzen, damit bei einem Binnenmarkt-Notfall die Freizügigkeit ***unter sicheren Bedingungen, einschließlich der Arbeitnehmer, geschützt und gefördert wird***, die Transparenz erhöht und ***ausreichende und rechtzeitige*** |

Vertreter in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung.

***Informationen bereitgestellt und*** Amtshilfe geleistet werden können. ***Mit diesen Maßnahmen sollte dafür Sorge getragen werden, dass system- und krisenrelevanten Arbeitskräften, die während eines Binnenmarkt-Notfalls ihre Freizügigkeit wahrnehmen, dasselbe Schutzniveau mit Blick auf Gesundheit und Sicherheit wie örtlichen Arbeitskräften im betreffenden Sektor des Aufnahmemitgliedstaats garantiert wird.*** Zu ***ihnen*** gehört ***auch*** die Einrichtung und Bereitstellung zentraler Anlaufstellen für Arbeitnehmer und ihre Vertreter in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene im Überwachungs- und im Notfallmodus für den Binnenmarkt gemäß dieser Verordnung. ***Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden dazu angehalten, die bestehenden Strukturen für den Betrieb dieser Anlaufstellen zu nutzen. Solche Anlaufstellen sollten auch außerhalb des Notfallmodus tätig sein und die Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten und dem Beratungsausschuss unterstützen. Die von den Anlaufstellen bereitgestellten Informationen sollten klar, verständlich und für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein.***

**Änderungsantrag 18**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 19 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(19a) Um grenzüberschreitende Maßnahmen zur Wahrung oder Stärkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu erleichtern, sollte die Kommission die grenzüberschreitende Verwaltung und Koordinierung der Rechte und Pflichten im Bereich der sozialen Sicherheit durch den umfassenden Gebrauch digitaler Instrumente fördern. Besondere Aufmerksamkeit sollte den am stärksten betroffenen Arbeitnehmern geschenkt*** |

***werden, insbesondere mobilen Arbeitnehmer, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen, sowie Arbeitnehmern, die in Telearbeit tätig sein können, diese Tätigkeit aber in einem bestimmten Mitgliedstaat ausüben müssen.***

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 20**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (20) ***Wenn die*** Mitgliedstaaten ***in Vorbereitung auf und während eines Binnenmarkt-Notfalls Maßnahmen ergreifen***, die sich auf den freien Warenverkehr oder die Freizügigkeit***, Waren*** oder den freien Dienstleistungsverkehr auswirken, ***sollten sie*** diese Maßnahmen auf das Notwendige beschränken und sie wieder aufheben, sobald die Situation dies zulässt. Diese Maßnahmen sollten ***dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung*** entsprechen und der besonderen Situation der Grenzregionen Rechnung tragen. | (20) ***Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmer, Verbraucher und Unternehmen sind auf einen gut funktionierenden Binnenmarkt und die Wahrung einer sicheren Freizügigkeit auch in Krisenzeiten angewiesen. Die*** Mitgliedstaaten ***sollten davon absehen,*** Maßnahmen ***zu ergreifen***, die sich auf den freien Warenverkehr, die Freizügigkeit oder den freien Dienstleistungsverkehr auswirken***, es sei denn, sie sind aus berechtigten Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigt und für das angestrebte Ziel verhältnismäßig***. ***Etwaige Maßnahmen sollten deshalb verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein. Die Mitgliedstaaten*** diese Maßnahmen auf das Notwendige beschränken und sie wieder aufheben, sobald die Situation dies zulässt. Diese Maßnahmen sollten ***den Verträgen, dem Unionsrecht und internationalen Verpflichtungen zu den grundlegenden Menschenrechten*** entsprechen und der besonderen Situation der Grenzregionen ***und von Sektoren, die in besonderem Maße auf mobile Arbeitnehmer angewiesen sind, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen,*** Rechnung tragen. ***Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit sollten keine*** |

***Rechtswirkung mehr haben, wenn der Notfallmodus aufgehoben wurde.***

**Änderungsantrag 20**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 20 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(20a) Angesichts der Digitalisierung und ihrer grenzübergreifenden Auswirkungen auf den Binnenmarkt und den Arbeitsmarkt der Union sind die Telearbeitsregelungen besonders zu berücksichtigen. Insbesondere im Falle von Einschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer sollte der Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, ob mobile Arbeitnehmer – einschließlich grenzüberschreitend erwerbstätiger Personen und Grenzgängern – ihre Aufgaben per Telearbeit erledigen können oder nicht. Um Diskriminierung zu vermeiden, sollten Arbeitnehmer, bei denen – beispielsweise aufgrund der Art ihrer Aufgaben oder Zuständigkeiten – Telearbeit nicht machbar ist, keinen ungerechtfertigten Einschränkungen ihrer Freizügigkeit unterliegen, sofern ihre Gesundheit und Sicherheit sichergestellt werden können. Um die Gleichbehandlung von Arbeitnehmern bei der Wahrnehmung ihrer Freizügigkeit sicherzustellen, sollten die Mitgliedstaaten für mobile Arbeitnehmer und grenzüberschreitend erwerbstätige Personen weiterhin die Möglichkeit eines Grenzübertritts vorsehen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen, wenn die Arbeit in dem betreffenden Sektor im Aufnahmemitgliedstaat weiterhin erlaubt ist.*** |

**Änderungsantrag 21**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 21**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (21) Die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt sollte die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten zur Meldung krisenrelevanter Beschränkungen des freien Verkehrs nach sich ziehen. | (21) Die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt sollte die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten zur ***unverzüglichen*** Meldung ***jeglicher*** krisenrelevanter Beschränkungen des freien Verkehrs nach sich ziehen***, die auch eine Begründung ihrer Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit einschließt***. ***Die Sozialpartner sollten hinsichtlich jeder Notfallmaßnahme, die sich auf den Arbeitsmarkt auswirkt, konsultiert werden. Durch ein enges Zusammenwirken mit den Sozialpartnern kann auch die Umsetzung solcher Maßnahme sowie die Bereitstellung von Informationen für die Arbeitnehmer, Unternehmen und die Wirtschaftsbeteiligten erleichtert werden.*** |

**Änderungsantrag 22**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 22**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (22) Bei der Prüfung, ob die mitgeteilten Maßnahmenentwürfe bzw. angenommenen Maßnahmen mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sind, sollte die Kommission ***der sich entwickelnden Krisensituation sowie den oft begrenzten Informationen, die den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Bemühungen zur Verringerung der mit einer Krise einhergehenden Risiken zur Verfügung stehen, gebührende Berücksichtigung zukommen lassen***. ***Soweit unter den gegebenen Umständen gerechtfertigt und erforderlich, kann die Kommission auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen, einschließlich fachlicher*** | (22) Bei der Prüfung, ob die mitgeteilten Maßnahmenentwürfe bzw. angenommenen Maßnahmen mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ***und Nichtdiskriminierung*** vereinbar ***und notwendig*** sind, sollte die Kommission ***Interessenträger, wie z. B. die Sozialpartner, hinsichtlich der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt konsultieren***. ***Die Kommission sollte die Gültigkeit der*** Argumente der Mitgliedstaaten ***prüfen***, ***einschließlich derer***, bei denen ***zur*** Begründung für den Erlass von Beschränkungen der Freizügigkeit das ***in Artikel 191 AEUV verankerte Vorsorgeprinzip herangezogen*** |

***oder wissenschaftlicher Informationen, prüfen, ob die*** Argumente der Mitgliedstaaten, bei denen ***sich auf das Vorsorgeprinzip berufen wird, als*** Begründung für den Erlass von Beschränkungen der Freizügigkeit ***taugen***. Es ist Aufgabe der Kommission, dafür zu sorgen, dass solche Maßnahmen mit dem Unionsrecht vereinbar sind und dass durch sie keine ungerechtfertigten Hindernisse für das Funktionieren des Binnenmarkts geschaffen werden. Die Kommission sollte so schnell wie möglich, spätestens jedoch innerhalb der in dieser Verordnung festgelegten Fristen, auf die Mitteilungen der Mitgliedstaaten reagieren, wobei die Umstände der jeweiligen Krise zu berücksichtigen sind.

***wird***. Es ist Aufgabe der Kommission, dafür zu sorgen, dass solche Maßnahmen ***vollständig*** mit ***den Verträgen und*** dem Unionsrecht vereinbar sind und dass durch sie keine ungerechtfertigten Hindernisse für das Funktionieren des Binnenmarkts ***und das Recht auf Freizügigkeit*** geschaffen werden. Die Kommission sollte so schnell wie möglich, spätestens jedoch innerhalb der in dieser Verordnung festgelegten Fristen, auf die Mitteilungen der Mitgliedstaaten reagieren, wobei die Umstände der jeweiligen Krise zu berücksichtigen sind.

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 23**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (23) Um sicherzustellen, dass die in dieser Verordnung vorgesehenen spezifischen Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt nur dann angewandt werden, wenn dies für die Reaktion auf einen bestimmten Binnenmarkt-Notfall unerlässlich ist, sollten diese Maßnahmen einzeln aktiviert werden müssen, und zwar im Wege von Durchführungsrechtsakten der Kommission, in denen die Gründe für die Aktivierung und die krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen angegeben sind, für die diese Maßnahmen gelten. | (23) Um sicherzustellen, dass die in dieser Verordnung vorgesehenen spezifischen Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt nur dann angewandt werden, wenn dies für die Reaktion auf einen bestimmten Binnenmarkt-Notfall unerlässlich ist, sollten diese Maßnahmen einzeln aktiviert werden müssen, und zwar im Wege von Durchführungsrechtsakten der Kommission, in denen die Gründe für die Aktivierung und die krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen angegeben sind, für die diese Maßnahmen gelten***, und außerdem dargelegt wird, inwieweit die Maßnahmen mit den Verträgen vereinbar sind***. |

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 24**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (24) Um die Verhältnismäßigkeit der Durchführungsrechtsakte und die gebührende Berücksichtigung der Rolle der Wirtschaftsteilnehmer im Krisenmanagement zu gewährleisten, sollte die Kommission nur dann auf die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt zurückgreifen, wenn die Wirtschaftsteilnehmer nicht in der Lage sind, innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung auf freiwilliger Basis zu finden. Warum dies der Fall ist, sollte in jedem solchen Rechtsakt und in Bezug auf alle besonderen Aspekte einer Krise angegeben werden. | (24) Um die Verhältnismäßigkeit der Durchführungsrechtsakte und die gebührende Berücksichtigung ***der Autonomie der Sozialpartner sowie*** der Rolle der Wirtschaftsteilnehmer im Krisenmanagement zu gewährleisten, sollte die Kommission nur dann auf die Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt zurückgreifen, wenn die Wirtschaftsteilnehmer ***oder Sozialpartner*** nicht in der Lage sind, innerhalb einer angemessenen Frist eine Lösung auf freiwilliger Basis zu finden. Warum dies der Fall ist, sollte in jedem solchen Rechtsakt und in Bezug auf alle besonderen Aspekte einer Krise angegeben werden. |

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 25**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (25) Auskunftsersuchen an die Wirtschaftsteilnehmer sollten von der Kommission nur dann gestellt werden, wenn die für eine angemessene Reaktion auf den Binnenmarkt-Notfall erforderlichen Informationen, z. B. solche, die für die Beschaffung durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten oder für die Schätzung der Produktionskapazitäten von Herstellern krisenrelevanter Waren, bei denen die Lieferketten gestört worden sind, benötigt werden, nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen oder aufgrund von freiwillig gemachten Angaben eingeholt werden können. | (25) Auskunftsersuchen an die Wirtschaftsteilnehmer sollten von der Kommission ***unter gebührender Wahrung von Geschäftsgeheimnissen im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2016/943*** nur dann gestellt werden, wenn die für eine angemessene Reaktion auf den Binnenmarkt-Notfall erforderlichen Informationen, z. B. solche, die für die Beschaffung durch die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten oder für die Schätzung der Produktionskapazitäten von Herstellern krisenrelevanter Waren, bei denen die Lieferketten gestört worden sind, benötigt werden, nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen oder aufgrund von freiwillig gemachten Angaben eingeholt werden können. |

**Änderungsantrag 26**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 28**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (28) In Fällen, in denen erhebliche Risiken für das Funktionieren des Binnenmarkts bestehen, oder bei schwerwiegenden Engpässen bei oder einer außergewöhnlich hohen Nachfrage nach Waren von ***strategischer*** Bedeutung können sich Maßnahmen auf Unionsebene zur Sicherstellung der Verfügbarkeit krisenrelevanter Produkte, z. B. vorrangige Aufträge, als unerlässlich für die Wiederherstellung des normalen Funktionierens des Binnenmarkts erweisen. | (28) In Fällen, in denen erhebliche Risiken für das Funktionieren des Binnenmarkts bestehen, oder bei schwerwiegenden Engpässen bei oder einer außergewöhnlich hohen Nachfrage nach Waren von ***entscheidender*** Bedeutung können sich Maßnahmen auf Unionsebene zur Sicherstellung der Verfügbarkeit krisenrelevanter Produkte, z. B. vorrangige Aufträge, als unerlässlich für die Wiederherstellung des normalen Funktionierens des Binnenmarkts erweisen. |

**Änderungsantrag 27**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 30**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (30) Wenn bei einem Binnenmarkt-Notfall ein schwerwiegender Engpass bei krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt besteht und klar ist, dass die auf dem Binnenmarkt tätigen Wirtschaftsteilnehmer keine derartigen Waren herstellen, grundsätzlich aber in der Lage wären, ihre Produktionslinien umzuwidmen, oder nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um die benötigten Waren oder Dienstleistungen her- bzw. bereitzustellen, sollte die Kommission den Mitgliedstaaten als letztes Mittel empfehlen können, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau oder die Umwidmung von Produktionskapazitäten der Hersteller bzw. Kapazitäten der Dienstleister zur | (30) Wenn bei einem Binnenmarkt-Notfall ein schwerwiegender Engpass bei krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen auf dem Binnenmarkt besteht und klar ist, dass die auf dem Binnenmarkt tätigen Wirtschaftsteilnehmer keine derartigen Waren herstellen, grundsätzlich aber in der Lage wären, ihre Produktionslinien umzuwidmen, oder nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um die benötigten Waren oder Dienstleistungen her- bzw. bereitzustellen, sollte die Kommission den Mitgliedstaaten als letztes Mittel ***und strikt auf das Notwendige beschränkt und nur für einen begrenzten Zeitraum*** empfehlen können, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau oder die Umwidmung von |

Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen zu erleichtern oder zu verlangen. Dabei würde die Kommission die Mitgliedstaaten über die Schwere des Engpasses und die Art der benötigten krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen unterrichten und sie im Hinblick auf die Flexibilitäten im EU-Besitzstand für solche Zwecke unterstützen und beraten.

Produktionskapazitäten der Hersteller bzw. Kapazitäten der Dienstleister zur Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen zu erleichtern oder zu verlangen. Dabei würde die Kommission die Mitgliedstaaten***, die Beratungsgruppe und das Europäische Parlament*** über die Schwere des Engpasses und die Art der benötigten krisenrelevanten Waren oder Dienstleistungen unterrichten und sie im Hinblick auf die Flexibilitäten im EU-Besitzstand für solche Zwecke unterstützen und beraten. ***Wenn der Ausbau oder die Umwidmung von Produktionskapazitäten der Hersteller Auswirkungen auf die Arbeitnehmer in einem Unternehmen oder einem Sektor haben, sollten die Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften vor und während der Umsetzungsphase informiert und konsultiert werden.***

**Änderungsantrag 28**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 35**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (35) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse hinsichtlich der Möglichkeit, unterstützende Maßnahmen zur Erleichterung der Freizügigkeit zu erlassen und eine Liste mit individuellen Zielvorgaben (Mengen und Fristen) für die von den Mitgliedstaaten vorzuhaltenden strategischen Reserven aufzustellen, übertragen werden, damit die Ziele der Initiative verwirklicht werden können. Darüber hinaus sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Aktivierung des Überwachungsmodus und der Überwachungsmaßnahmen übertragen werden, um die strategischen Lieferketten sorgfältig zu überwachen und die Bildung strategischer Reserven für Waren und | (35) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse hinsichtlich der Möglichkeit, unterstützende Maßnahmen zur Erleichterung der Freizügigkeit zu erlassen ***– einschließlich des Schutzes von Arbeitnehmern, die dieses Recht wahrnehmen –*** und eine Liste mit individuellen Zielvorgaben (Mengen und Fristen) für die von den Mitgliedstaaten vorzuhaltenden strategischen Reserven aufzustellen, übertragen werden, damit die Ziele der Initiative verwirklicht werden können. Darüber hinaus sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Aktivierung des Überwachungsmodus und der Überwachungsmaßnahmen übertragen |

Dienstleistungen von strategischer Bedeutung zu koordinieren. Auch sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse im Hinblick auf die Aktivierung spezifischer Notfallmaßnahmen bei einem Binnenmarkt-Notfall übertragen werden, um eine rasche und koordinierte Reaktion zu ermöglichen. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ausgeübt werden.

werden, um die strategischen Lieferketten sorgfältig zu überwachen und die Bildung strategischer Reserven für Waren und Dienstleistungen von strategischer Bedeutung zu koordinieren. Auch sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse im Hinblick auf die Aktivierung spezifischer Notfallmaßnahmen bei einem Binnenmarkt-Notfall übertragen werden, um eine rasche und koordinierte Reaktion zu ermöglichen. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ausgeübt werden.

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 36**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (36) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) anerkannt wurden. Sie wahrt insbesondere das in Artikel 7 der Charta verankerte Recht auf Privatsphäre ***der Wirtschaftsteilnehmer***, das Recht auf Datenschutz gemäß Artikel 8 der Charta, die unternehmerische Freiheit und die Vertragsfreiheit, die durch Artikel 16 der Charta geschützt sind, sowie das Eigentumsrecht, das durch Artikel 17 der Charta geschützt ist, das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, das durch Artikel ***26*** der Charta geschützt ist, und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht gemäß Artikel 47 der Charta. Da das Ziel dieser Verordnung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und vielmehr wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahmen auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags | (36) Diese Verordnung ***schützt die Grundrechte, wie sie in den Verträgen verankert sind, und*** steht im Einklang mit den Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) anerkannt wurden, ***einschließlich des Rechts jeder Person auf Freiheit und Sicherheit (Artikel 6)***. Sie wahrt insbesondere das in Artikel 7 der Charta verankerte Recht ***einer jeden Person*** auf Privatsphäre, das Recht auf Datenschutz gemäß Artikel 8 ***der Charta, die Berufsfreiheit und das Recht, zu arbeiten, gemäß Artikel 15*** der Charta, die unternehmerische Freiheit und die Vertragsfreiheit, die durch Artikel 16 der Charta geschützt sind, sowie das Eigentumsrecht, das durch Artikel 17 der Charta geschützt ist, ***das Recht auf Nichtdiskriminierung, das durch Artikel 21 der Charta geschützt ist, das*** Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, das durch Artikel ***28*** der Charta geschützt ist***, das Recht auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen gemäß Artikel 31 der*** |

über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus. Die Verordnung sollte die im AEUV verankerte Autonomie der Sozialpartner nicht berühren.

***Charta*** und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht gemäß Artikel 47 der Charta***.*** ***Keine gemäß dieser Verordnung angesichts einer Krise im Binnenmarkt ausgelöste Notmaßnahme sollte dazu dienen, Grundrechte auszuhöhlen oder zu umgehen, die gemäß der Charta oder internationalen Menschenrechtsinstrumenten garantiert sind.*** Da das Ziel dieser Verordnung von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und vielmehr wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahmen auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus. Die Verordnung sollte die im AEUV verankerte Autonomie der Sozialpartner nicht berühren.

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Erwägung 38**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (38) Der Unionsrahmen enthält interregionale Elemente zur Festlegung kohärenter, sektorübergreifender und grenzüberschreitender Überwachungs- und Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt unter Berücksichtigung insbesondere der Ressourcen, Kapazitäten und Anfälligkeiten der benachbarten Regionen, speziell Grenzregionen. | (38) Der Unionsrahmen enthält interregionale Elemente zur Festlegung kohärenter, sektorübergreifender und grenzüberschreitender Überwachungs- und Notfallmaßnahmen für den Binnenmarkt unter Berücksichtigung insbesondere der Ressourcen, Kapazitäten und Anfälligkeiten der benachbarten Regionen, speziell Grenzregionen, ***sowie unter Berücksichtigung der Lage von mobilen Arbeitnehmern, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätiger Personen, wobei ein*** |

| | |
|---|---|
| | ***besonderer Schwerpunkt auf den Arbeitnehmerrechten und Arbeitsbedingungen liegen sollte***. |

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 1 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Mit dieser Verordnung wird ein Rahmen von Maßnahmen zur Antizipation der Auswirkungen von Krisen auf den Binnenmarkt sowie zur Vorbereitung und Reaktion darauf geschaffen, mit dem Ziel, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen zu gewährleisten und die Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung sowie von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt sicherzustellen. | 1. Mit dieser Verordnung wird ein Rahmen von Maßnahmen zur Antizipation ***und Vorbeugung*** der Auswirkungen von Krisen auf den Binnenmarkt sowie zur Vorbereitung und Reaktion darauf geschaffen, mit dem Ziel, den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen ***im Einklang mit den Verträgen, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer,*** zu gewährleisten ***und zu fördern, seine Resilienz und sein Funktionieren zu stärken, Verbraucher, die Umwelt und die Grundrechte der Arbeitnehmer in Krisenzeiten zu schützen,*** und die Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung sowie von krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt sicherzustellen. |

**Änderungsantrag 32**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 1 – Absatz 2 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Notfallmaßnahmen zur Antizipation und Planung, | c) Notfallmaßnahmen zur Antizipation, Vorbereitung***, Vorbeugung*** und Planung, |

**Änderungsantrag 33**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 1 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Die Mitgliedstaaten tauschen untereinander und mit der Kommission regelmäßig Informationen über sämtliche Angelegenheiten aus, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen. | 3. Die Mitgliedstaaten tauschen untereinander***, mit der Beratungsgruppe*** und mit der Kommission regelmäßig Informationen über sämtliche Angelegenheiten aus, die in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen. ***Das Europäische Parlament erhält rechtzeitig Zugang zu diesen Informationen.*** |

**Änderungsantrag 34**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***1a. Diese Verordnung berührt in keiner Weise die Ausübung der in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene anerkannten Grundrechte, einschließlich des Rechts oder der Freiheit zum Streik oder zur Durchführung anderer Maßnahmen, die im Rahmen der spezifischen Systeme der Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsbeziehungen nach ihren nationalen Rechtsvorschriften und/oder ihren nationalen Gepflogenheiten vorgesehen sind. Sie berührt auch nicht das Recht, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und/oder nationalen Gepflogenheiten Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen oder kollektive Maßnahmen zu ergreifen.*** |

**Änderungsantrag 35**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 2 – Absatz 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 7. Alle Maßnahmen gemäß dieser Verordnung stehen mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Union im Einklang. | 7. Alle Maßnahmen gemäß dieser Verordnung stehen mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Union***, einschließlich der Menschenrechtsverpflichtungen,*** im Einklang. |

**Änderungsantrag 36**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1) „Krise“ ein außergewöhnliches, unerwartetes und plötzliches natürliches oder vom Menschen verursachtes Ereignis außergewöhnlicher Art und außergewöhnlichen Ausmaßes, das sich innerhalb oder außerhalb der Union ereignet; | 1) „Krise“ ein außergewöhnliches, unerwartetes und plötzliches natürliches oder vom Menschen verursachtes Ereignis außergewöhnlicher Art und außergewöhnlichen Ausmaßes***, ausgenommen Kollektivmaßnahmen, das zu einer erheblichen Störung des Binnenmarkts führt oder zu führen droht, einschließlich des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Personen***; |

**Änderungsantrag 37**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2) „Überwachungsmodus für den Binnenmarkt“ einen Rahmen zur Bewältigung einer drohenden erheblichen Störung der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung, die über das Potenzial verfügt, sich innerhalb der nächsten sechs Monate zu einem Binnenmarkt-Notfall zu verschärfen; | 2) „Überwachungsmodus für den Binnenmarkt“ einen Rahmen zur Bewältigung einer drohenden erheblichen Störung der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung ***und/oder der Freizügigkeit***, die über das Potenzial verfügt, sich innerhalb der nächsten sechs Monate zu einem Binnenmarkt-Notfall zu verschärfen; |

**Änderungsantrag 38**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3) „Binnenmarkt-Notfall“ weitreichende Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt, die den freien Verkehr auf dem Binnenmarkt oder das Funktionieren der für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten auf dem Binnenmarkt unerlässlichen Lieferketten ernsthaft stören; | 3) „Binnenmarkt-Notfall“ weitreichende Auswirkungen einer Krise auf den Binnenmarkt, die den freien Verkehr ***von Waren, Dienstleistungen und Personen*** auf dem Binnenmarkt oder das Funktionieren der für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten auf dem Binnenmarkt unerlässlichen Lieferketten ernsthaft stören; |

**Änderungsantrag 39**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 4) „***strategisch wichtige*** Bereiche“ die Bereiche, die für die Union und ihre Mitgliedstaaten insofern von entscheidender Bedeutung sind, als sie für die öffentliche Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit von grundlegender Bedeutung sind und deren Störung, Ausfall, Verlust oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts hätte; | 4) „***entscheidende*** Bereiche“ die Bereiche, die für die Union und ihre Mitgliedstaaten insofern von entscheidender Bedeutung sind, als sie für die öffentliche Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit von grundlegender Bedeutung sind und deren Störung, Ausfall, Verlust oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts hätte; |

**Änderungsantrag 40**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 5) „Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung“ Waren und | 5) „Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung“ Waren und |

| | |
|---|---|
| Dienstleistungen, die für das Funktionieren des Binnenmarkts in ***strategisch wichtigen*** Bereichen unerlässlich sind und weder substituiert noch diversifiziert werden können; | Dienstleistungen, die für das Funktionieren des Binnenmarkts in ***entscheidenden*** Bereichen unerlässlich sind und weder ***zeitnah*** substituiert noch diversifiziert werden können; |

**Änderungsantrag 41**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 7) „strategische Reserven“ Bestände an Waren von ***strategischer*** Bedeutung, für die eine Reserve gebildet werden muss, um für einen Binnenmarkt-Notfall gerüstet zu sein, und die unter der Kontrolle des jeweiligen Mitgliedstaats stehen. | 7) „strategische Reserven“ Bestände an Waren von ***entscheidender*** Bedeutung, für die eine Reserve gebildet werden muss, um für einen Binnenmarkt-Notfall gerüstet zu sein, und die unter der Kontrolle des jeweiligen Mitgliedstaats stehen. |

**Änderungsantrag 42**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 3 – Absatz 1 – Nummer 7 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***7a) „Wirtschaftsteilnehmer“ den Hersteller, Bevollmächtigten, Einführer und Händler im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 oder einen Dienstleistungserbringer im Sinne der Richtlinie 2006/123/EG.*** |

**Änderungsantrag 43**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Die Beratungsgruppe setzt sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat zusammen. Jeder Mitgliedstaat benennt einen Vertreter und einen Stellvertreter. | 2. Die Beratungsgruppe setzt sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat ***und vier Vertretern der europäischen Sozialpartner*** zusammen. Jeder Mitgliedstaat benennt einen Vertreter und einen Stellvertreter. |

| | |
|---|---|
| | ***Die branchenübergreifenden Organisationen der Sozialpartner auf Unionsebene können vier Vertreter für die Beratungsgruppe benennen, mit einer paritätischen Vertretung von Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen.*** |

**Änderungsantrag 44**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Die Kommission führt den Vorsitz in der Beratungsgruppe und stellt das Sekretariat. Die ***Kommission kann einen Vertreter des*** Europäischen ***Parlaments,*** Vertreter der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Association, EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum[49] sind, ***sowie*** Vertreter von Wirtschaftsteilnehmern, Interessenverbänden, Sozialpartnern ***und Sachverständigen als Beobachter*** zu den Sitzungen der Beratungsgruppe einladen. ***Sie lädt die Vertreter anderer krisenrelevanter Stellen auf Unionsebene als Beobachter zu den einschlägigen Sitzungen der Beratungsgruppe ein.*** | 3. Die Kommission führt den Vorsitz in der Beratungsgruppe und stellt das Sekretariat. Die ***Beratungsgruppe lädt die Vertreter anderer krisenrelevanter Stellen auf Unionsebene, einen vom*** Europäischen ***Parlament benannten Experten und*** Vertreter der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Association, EFTA), die Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, ***als Beobachter zu ihren einschlägigen Sitzungen ein***. ***Sie kann*** Vertreter von Wirtschaftsteilnehmern, ***Gewerkschaften, Arbeitgeber und*** Interessenverbänden, Sozialpartnern ***sowie Arbeitnehmervertreter und andere einschlägige Sachverständige*** zu den Sitzungen der Beratungsgruppe einladen. |
| [49] ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3. | [49] ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3. |

**Änderungsantrag 45**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 4 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 4. Für die Zwecke der Notfallplanung | 4. Für die Zwecke der ***Stärkung der*** |

| | |
|---|---|
| gemäß den Artikeln 6 bis 8 unterstützt und berät die Beratungsgruppe die Kommission bei folgenden Aufgaben: | ***Resilienz und des ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarkts sowie*** der Notfallplanung gemäß den Artikeln 6 bis 8 unterstützt und berät die Beratungsgruppe die Kommission bei folgenden Aufgaben: |

**Änderungsantrag 46**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 4 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) ***Bewertung*** bedeutender Ereignisse, auf die die Kommission von den Mitgliedstaaten aufmerksam gemacht wurde. | b) ***Bewerten*** bedeutender Ereignisse, auf die die Kommission von den Mitgliedstaaten aufmerksam gemacht wurde. |

**Änderungsantrag 47**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 5 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Konsultation ***der*** Vertreter der Wirtschaftsteilnehmer **–** einschließlich KMU **–** und der Industrie zur Einholung von Marktinformationen; | c) Konsultation ***von Vertretern*** der Wirtschaftsteilnehmer, einschließlich KMU und der Industrie***, und gegebenenfalls Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen,*** zur Einholung von Marktinformationen; |

**Änderungsantrag 48**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 5 – Buchstabe c a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ca) Konsultation von Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeber zum besseren Verständnis der sozialen Auswirkungen und der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt potenzieller Krisen und*** |

| | |
|---|---|
| | ***der entsprechenden Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich Arbeitnehmerrechte und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer mit besonderem Schwerpunkt auf mobilen Arbeitnehmern, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätiger Personen;*** |

**Änderungsantrag 49**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 5 – Buchstabe f**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| f) Pflege eines Verzeichnisses nationaler und unionsweiter Krisenmaßnahmen, die in früheren Krisen mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten zur Anwendung gekommen sind. | f) Pflege eines Verzeichnisses nationaler und unionsweiter Krisenmaßnahmen, die in früheren Krisen mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt und seine Lieferketten zur Anwendung gekommen sind***, aber auch auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitnehmerrechte, Arbeitsbedingungen und Freizügigkeit der Arbeitnehmer***. |

**Änderungsantrag 50**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 6 – Buchstabe a a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***aa) Anhörung von Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeber zu den Auswirkungen des Notfalls auf die Arbeitsmärkte und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, insbesondere mobilen Arbeitnehmern, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätiger Personen;*** |

**Änderungsantrag 51**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 6 – Buchstabe a b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ab) Konsultation von Vertretern der Wirtschaftsteilnehmer – einschließlich KMU und Industrie, und gegebenenfalls Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen zur Einholung von Marktinformationen und zur Bewertung der Auswirkungen des Notfalls gemäß Artikel 3 Absatz 3;*** |

**Änderungsantrag 52**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 – Absatz 6 – Buchstabe d a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***da) Vorlage von Vorschlägen und Bewertung der zur Stärkung der Resilienz des Binnenmarktes ergriffenen Maßnahmen, wie etwa der Bestandsaufnahme der relevanten Lieferketten und Stresstests;*** |

**Änderungsantrag 53**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 Absatz 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 7. Die Kommission stellt die Beteiligung aller für die jeweilige Krise relevanten Stellen auf Unionsebene sicher. Die Beratungsgruppe arbeitet gegebenenfalls eng mit anderen einschlägigen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene zusammen und stimmt sich eng mit ihnen ab. Die Kommission sorgt für die Koordinierung mit den Maßnahmen, die durch andere Mechanismen der Union, z. B. das | 7. Die Kommission stellt die Beteiligung aller für die jeweilige Krise relevanten Stellen auf Unionsebene sicher. Die Beratungsgruppe arbeitet gegebenenfalls eng mit anderen einschlägigen krisenrelevanten Stellen auf Unionsebene zusammen und stimmt sich eng mit ihnen ab. Die Kommission sorgt für die Koordinierung mit den Maßnahmen, die durch andere Mechanismen der Union, z. B. das |

| | |
|---|---|
| Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM) oder den EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit, durchgeführt werden. Die Beratungsgruppe stellt den Informationsaustausch mit dem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen im Rahmen des UCPM sicher. | Katastrophenschutzverfahren der Union (UCPM) oder den EU-Rahmen für Gesundheitssicherheit, durchgeführt werden. Die Beratungsgruppe stellt den Informationsaustausch mit dem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen im Rahmen des UCPM sicher. ***Die Kommission berichtet dem Europäischen Parlament mindestens einmal jährlich und in Krisenzeiten häufiger über die Arbeit der Beratungsgruppe.*** |

**Änderungsantrag 54**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 4 Absatz 9**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 9. Die Beratungsgruppe kann im Rahmen ihrer in den Absätzen 4 bis 6 genannten Aufgaben Stellungnahmen, Empfehlungen oder Berichte annehmen. | 9. Die Beratungsgruppe kann im Rahmen ihrer in den Absätzen 4 bis 6 genannten Aufgaben Stellungnahmen, Empfehlungen oder Berichte annehmen. ***Die Stellungnahmen, Empfehlungen und Berichte der Beratungsgruppe werden veröffentlicht, soweit sie mit der Richtlinie (EU) 2016/943 in Einklang stehen und ihre Veröffentlichung nicht den Interessen in Bezug auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit entgegenstehen.*** |

**Änderungsantrag 55**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 6 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Kommission wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe und der Beiträge der auf Unionsebene tätigen einschlägigen Stellen nach Konsultation der Mitgliedstaaten einen delegierten Rechtsakt zur Ergänzung dieser | 1. Die Kommission wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe und der Beiträge der auf Unionsebene tätigen einschlägigen Stellen ***und*** nach Konsultation der Mitgliedstaaten einen delegierten Rechtsakt zur Ergänzung dieser |

| | |
|---|---|
| Verordnung durch einen Rahmen zu erlassen, in dem im Hinblick auf die Zusammenarbeit in Krisensituationen, den Informationsaustausch und die Krisenkommunikation für den Überwachungs- und den Notfallmodus für den Binnenmarkt, Krisenprotokolle festgelegt sind, die insbesondere folgende Aspekte betreffen: | Verordnung durch einen Rahmen zu erlassen, in dem im Hinblick auf die Zusammenarbeit in Krisensituationen, den Informationsaustausch und die Krisenkommunikation für den Überwachungs- und den Notfallmodus für den Binnenmarkt, Krisenprotokolle festgelegt sind, die insbesondere folgende Aspekte betreffen: |

**Änderungsantrag 56**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 6 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) koordiniertes Konzept für die Risiko- und Krisenkommunikation auch gegenüber der Öffentlichkeit mit einer koordinierenden Rolle der Kommission; | c) koordiniertes Konzept für die Risiko- und Krisenkommunikation auch gegenüber der Öffentlichkeit***, Wirtschaftsteilnehmern, Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen einschlägigen Interessenträgern*** mit einer koordinierenden Rolle der Kommission; |

**Änderungsantrag 57**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 6 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***1a. Wenn die Kommission beim Erlass eines delegierten Rechtsakts nicht der Stellungnahme der Beratungsgruppe entspricht, so legt sie ihre Gründe dafür schriftlich dar.*** |

**Änderungsantrag 58**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) Konsultation ***der*** Vertreter der Wirtschaftsteilnehmer ***und der Sozialpartner***, einschließlich KMU, zu ***ihren*** Initiativen und Maßnahmen zur Abmilderung und Bewältigung möglicher Störungen der Lieferkette und zur Überwindung möglicher Engpässe bei Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt; | b) Konsultation ***von Vertretern*** der Wirtschaftsteilnehmer, einschließlich KMU ***und der Industrie, sowie der Gewerkschaften und Arbeitgeber*** zu Initiativen und Maßnahmen zur Abmilderung und Bewältigung möglicher Störungen der Lieferkette ***und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer*** und zur Überwindung möglicher Engpässe bei Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt; |

**Änderungsantrag 59**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ba) Konsultation der Wirtschaftsteilnehmer, einschließlich KMU und der Industrie, sowie der Gewerkschaften und Arbeitgeber bezüglich der Auswirkungen von Initiativen und Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen und grundlegende Rechte der Arbeitnehmer, auch in Bereichen von entscheidender Bedeutung;*** |

**Änderungsantrag 60**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 8 – Absatz 3 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) ***die*** Zahl der von der Störung oder potenziellen Störung betroffenen Wirtschaftsteilnehmer; | a) ***eine geschätzte*** Zahl der von der Störung oder potenziellen Störung betroffenen Wirtschaftsteilnehmer ***und Arbeitnehmer, einschließlich möglicher Störungen des Arbeitsmarkts und der*** |

| | |
|---|---|
| | ***Freizügigkeit der Arbeitnehmer, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf mobilen Arbeitnehmern, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen, liegen sollte***; |

**Änderungsantrag 61**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 9 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) eine Liste der betroffenen Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung und | b) eine Liste der betroffenen Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung und |

**Änderungsantrag 62**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 9 Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Der in Absatz 1 genannte Durchführungsrechtsakt wird nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel ***41 Absatz 2*** erlassen. | 2. Der in Absatz 1 genannte Durchführungsrechtsakt wird nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel ***42 Absatz 2*** erlassen. ***Die Kommission meldet dem Europäischen Parlament und dem Rat unverzüglich jede Aktivierung des Überwachungsmodus.*** |

**Änderungsantrag 63**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 10 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Ist die Kommission der Auffassung, dass die Gründe für die Aktivierung des Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 Absatz 1 nach wie vor gegeben sind, kann sie unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe den | 1. Ist die Kommission der Auffassung, dass die Gründe für die Aktivierung des Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 Absatz 1 nach wie vor gegeben sind, kann sie unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe den |

| | |
|---|---|
| Überwachungsmodus im Wege eines Durchführungsrechtsakts um höchstens sechs Monate verlängern. | Überwachungsmodus im Wege eines Durchführungsrechtsakts um höchstens sechs Monate verlängern. ***Eine Verlängerung wird dem Europäischen Parlament und dem Rat unverzüglich mitgeteilt.*** |

**Änderungsantrag 64**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 10 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Stellt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe fest, dass die Gefahr nach Artikel 3 Absatz 2 in Bezug auf einige oder alle Überwachungsmaßnahmen oder für einige oder alle Waren und Dienstleistungen nicht mehr besteht, so nimmt sie im Wege eines Durchführungsrechtsakts die vollständige oder teilweise Deaktivierung des Überwachungsmodus vor. | 2. Stellt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe fest, dass die Gefahr nach Artikel 3 Absatz 2 in Bezug auf einige oder alle Überwachungsmaßnahmen oder für einige oder alle Waren und Dienstleistungen nicht mehr besteht, so nimmt sie im Wege eines Durchführungsrechtsakts die vollständige oder teilweise Deaktivierung des Überwachungsmodus vor. ***Eine Deaktivierung wird dem Europäischen Parlament und dem Rat unverzüglich mitgeteilt.*** |

**Änderungsantrag 65**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 11 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Wurde der Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 aktiviert, so überwachen die zuständigen nationalen Behörden die im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Überwachungsmodus ermittelten Lieferketten für Waren und Dienstleistungen von ***strategischer*** Bedeutung. | 1. Wurde der Überwachungsmodus gemäß Artikel 9 aktiviert, so überwachen die zuständigen nationalen Behörden die im Durchführungsrechtsakt zur Aktivierung des Überwachungsmodus ermittelten Lieferketten für Waren und Dienstleistungen von ***entscheidender*** Bedeutung. ***Die Mitgliedstaaten bewerten – in Absprache mit den Sozialpartnern – wie sich die potenzielle Krise*** |

| | |
|---|---|
| | ***möglicherweise auf Arbeitnehmer und Wirtschaftsbeteiligte in den entscheidenden Bereichen auswirken wird.*** |

**Änderungsantrag 66**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 12 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Kommission kann unter den Waren von ***strategischer*** Bedeutung, die in einem gemäß Artikel 9 Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführt sind, unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit und der Auswirkungen von Engpässen diejenigen ermitteln, für die es zwecks Vorbereitung auf einen Binnenmarkt-Notfall erforderlich sein könnte, eine Reserve zu bilden. Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten entsprechend. | Die Kommission kann unter den Waren von ***entscheidender*** Bedeutung, die in einem gemäß Artikel 9 Absatz 1 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführt sind, unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit und der Auswirkungen von Engpässen diejenigen ermitteln, für die es zwecks Vorbereitung auf einen Binnenmarkt-Notfall erforderlich sein könnte, eine Reserve zu bilden. Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten***, das Europäische Parlament und die Beratungsgruppe*** entsprechend. |

**Änderungsantrag 67**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 12 – Absatz 2 – Unterabsatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten erstatten der Kommission Bericht über die Höhe der von ihnen vorgehaltenen strategischen Reserven an Waren von ***strategischer*** Bedeutung sowie über die Höhe der sonstigen Bestände solcher Waren in ihrem Hoheitsgebiet. | Die Mitgliedstaaten erstatten der Kommission Bericht über die Höhe der von ihnen vorgehaltenen strategischen Reserven an Waren von ***entscheidender*** Bedeutung sowie über die Höhe der sonstigen Bestände solcher Waren in ihrem Hoheitsgebiet. |

**Änderungsantrag 68**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 12 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Unter gebührender Berücksichtigung der von den Wirtschaftsteilnehmern in ihrem Hoheitsgebiet vorgehaltenen oder gebildeten Bestände bemühen sich die Mitgliedstaaten nach besten Kräften, strategische Reserven der gemäß Absatz 1 ermittelten Waren von ***strategischer*** Bedeutung zu bilden. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Straffung ihrer Bemühungen. | 3. Unter gebührender Berücksichtigung der von den Wirtschaftsteilnehmern in ihrem Hoheitsgebiet vorgehaltenen oder gebildeten Bestände bemühen sich die Mitgliedstaaten nach besten Kräften, strategische Reserven der gemäß Absatz 1 ermittelten Waren von ***entscheidender*** Bedeutung zu bilden. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Straffung ihrer Bemühungen. |

**Änderungsantrag 69**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 12 – Absatz 4 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 4. Kann die Bildung strategischer Reserven der gemäß Absatz 1 ermittelten Waren durch eine Straffung zwischen den Mitgliedstaaten effizienter gestaltet werden, so kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten eine Liste mit individuellen Zielvorgaben hinsichtlich der Mengen und der Fristen für diese strategischen Reserven, die die Mitgliedstaaten vorhalten sollten, aufstellen und regelmäßig aktualisieren. Bei der Festlegung der individuellen Zielvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt die Kommission | 4. Kann die Bildung strategischer Reserven der gemäß Absatz 1 ermittelten Waren ***von entscheidender Bedeutung*** durch eine Straffung zwischen den Mitgliedstaaten effizienter gestaltet werden, so kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten eine Liste mit individuellen Zielvorgaben hinsichtlich der Mengen und der Fristen für diese strategischen Reserven, die die Mitgliedstaaten vorhalten sollten, aufstellen und regelmäßig aktualisieren. Bei der Festlegung der individuellen Zielvorgaben für die einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt die Kommission |

**Änderungsantrag 70**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 12 – Absatz 6 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Liegen die strategischen Reserven eines Mitgliedstaats fortwährend deutlich unter den individuellen Zielvorgaben gemäß Absatz 4 und sind die Wirtschaftsteilnehmer in dem entsprechenden Hoheitsgebiet nicht in der Lage, dieses Defizit auszugleichen, so kann die Kommission von sich aus oder auf Ersuchen von 14 Mitgliedstaaten prüfen, ob weitere Maßnahmen zur Bildung strategischer Reserven der gemäß Absatz 1 ermittelten Waren von ***strategischer*** Bedeutung erforderlich sind. | Liegen die strategischen Reserven eines Mitgliedstaats fortwährend deutlich unter den individuellen Zielvorgaben gemäß Absatz 4 und sind die Wirtschaftsteilnehmer in dem entsprechenden Hoheitsgebiet nicht in der Lage, dieses Defizit auszugleichen, so kann die Kommission von sich aus oder auf Ersuchen von 14 Mitgliedstaaten prüfen, ob weitere Maßnahmen zur Bildung strategischer Reserven der gemäß Absatz 1 ermittelten Waren von ***entscheidender*** Bedeutung erforderlich sind. |

**Änderungsantrag 71**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***aa) die Krise hat bereits zu schwerwiegenden Störungen des freien Verkehrs von Personen, Waren und/oder Dienstleistungen geführt oder wird wahrscheinlich dazu führen, wobei auf mobile Arbeitnehmer, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen, ein besonderer Schwerpunkt zu legen ist;*** |

**Änderungsantrag 72**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe a b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ab) die Einführung von Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen;*** |

**Änderungsantrag 73**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe d**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| d) die Auswirkungen in Bezug auf Ausmaß und Dauer auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeiten, die Umwelt und die öffentliche Sicherheit; | d) die Auswirkungen in Bezug auf Ausmaß und Dauer auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeiten, ***einschließlich des Arbeitsmarktes, sowie auf das Klima,*** die Umwelt und die öffentliche Sicherheit; |

**Änderungsantrag 74**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 Buchstabe f**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| f) ***die Marktstellung*** der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer in dem (den) betreffenden Sektor(en); | f) ***der Marktanteil*** der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer in dem (den) betreffenden Sektor(en)***, sofern dieser Anteil für die Versorgung mit krisenrelevanten Waren und Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung ist***; |

**Änderungsantrag 75**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe g**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| g) das geografische Gebiet***, das*** betroffen ***ist*** bzw. betroffen sein ***könnte***, einschließlich etwaiger grenzüberschreitender Auswirkungen auf das Funktionieren von Lieferketten, die für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich sind; | g) das geografische Gebiet***, insbesondere Grenzregionen, die*** betroffen ***sind*** bzw. betroffen sein ***könnten***, einschließlich etwaiger grenzüberschreitender Auswirkungen auf ***den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen und*** das Funktionieren von Lieferketten, die für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher |

| | |
|---|---|
| | Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich sind; |

**Änderungsantrag 76**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe h**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| h) die Bedeutung ***des betroffenen Wirtschaftsteilnehmers*** für die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Angebots an den Waren oder Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit alternativer Mittel für die Bereitstellung dieser Waren oder Dienstleistungen und | h) die Bedeutung ***der betroffenen Wirtschaftsteilnehmer*** für die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Angebots an den Waren oder Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit alternativer Mittel für die Bereitstellung dieser Waren oder Dienstleistungen und |

**Änderungsantrag 77**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 13 – Absatz 1 – Buchstabe i**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| i) das Fehlen von ersatzweise zu verwendenden Waren, Produktionsmitteln oder Dienstleistungen. | i) das Fehlen von ***oder Engpässe bei*** ersatzweise zu verwendenden Waren, Produktionsmitteln oder Dienstleistungen. |

**Änderungsantrag 78**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 14 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe zu der Auffassung, dass ein Binnenmarkt-Notfall vorliegt, so unterbreitet sie dem Rat einen Vorschlag zur Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt. | 2. Gelangt die Kommission unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Beratungsgruppe zu der Auffassung, dass ein Binnenmarkt-Notfall vorliegt, so unterbreitet sie dem Rat einen Vorschlag zur Aktivierung des Notfallmodus für den Binnenmarkt ***und informiert unverzüglich das Europäische Parlament***. |

**Änderungsantrag 79**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 14 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Der Rat kann den Notfallmodus für den Binnenmarkt im Wege eines Durchführungsrechtsakts des Rates aktivieren. Die Dauer der Aktivierung wird im Durchführungsrechtsakt festgelegt und beträgt höchstens sechs Monate. | 3. Der Rat kann den Notfallmodus für den Binnenmarkt im Wege eines Durchführungsrechtsakts des Rates aktivieren. ***Dieser Durchführungsrechtakt umfasst gegebenenfalls eine Übersicht über krisenrelevante Waren und Dienstleistungen sowie die Sektoren, die in besonderem Maße auf mobile Arbeitnehmer, einschließlich Grenzgänger und grenzüberschreitend erwerbstätige Personen, angewiesen sind.*** Die Dauer der Aktivierung wird im Durchführungsrechtsakt festgelegt und beträgt höchstens sechs Monate. |

**Änderungsantrag 80**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 14 – Absatz 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 5. Sobald der Notfallmodus für den Binnenmarkt aktiviert ist, nimmt die Kommission im Wege eines Durchführungsrechtsakts unverzüglich eine Liste krisenrelevanter Waren und Dienstleistungen an. Die Liste kann im Wege von Durchführungsrechtsakten geändert werden. | 5. Sobald der Notfallmodus für den Binnenmarkt aktiviert ist, konsultiert die Kommission ***die Beratungsgruppe und*** nimmt im Wege eines Durchführungsrechtsakts unverzüglich eine Liste krisenrelevanter Waren und Dienstleistungen ***sowie der Sektoren an, die in besonderem Maße auf mobile Arbeitnehmer, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen, angewiesen sind***. Die Liste kann im Wege von Durchführungsrechtsakten geändert werden. |

**Änderungsantrag 81**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Teil IV – Überschrift II – Kapitel I – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Maßnahmen zur ***Wiederherstellung*** und Erleichterung des freien Verkehrs | Maßnahmen zur ***Sicherstellung*** und Erleichterung des freien Verkehrs |

**Änderungsantrag 82**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 16 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. ***Bei der Annahme und Anwendung nationaler*** Maßnahmen in Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall und die zugrunde liegende Krise stellen ***die Mitgliedstaaten*** sicher, dass ***ihre Maßnahmen*** in vollem Umfang mit dem Vertrag und dem Unionsrecht und ***insbesondere mit*** den in diesem Artikel festgelegten Anforderungen im Einklang stehen. | 1. ***Wenn die Mitgliedstaaten nationale*** Maßnahmen in Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall und die zugrunde liegende Krise ***annehmen und anwenden,*** stellen ***sie*** sicher, dass ***diese Maßnahmen begründet, verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sind sowie*** in vollem Umfang mit dem Vertrag und dem Unionsrecht***, internationalen Verpflichtungen im Bereich der Grundrechte*** und ***Arbeitnehmerrechte sowie*** den in diesem Artikel festgelegten Anforderungen im Einklang stehen. |

**Änderungsantrag 83**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 16 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Jede Beschränkung wird zeitlich begrenzt und aufgehoben, sobald die Situation dies zulässt. Darüber hinaus sollte bei jeder Beschränkung die Situation in den Grenzregionen berücksichtigt werden. | 2. Jede Beschränkung wird zeitlich begrenzt und ***ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken***. ***Jede Beschränkung wird regelmäßig überprüft und*** aufgehoben, sobald die Situation dies zulässt. ***Eine Beschränkung hat keine Rechtswirkung mehr, wenn der Notfallmodus aufgehoben wurde.*** Darüber |

| | |
|---|---|
| | hinaus sollte bei jeder Beschränkung die Situation in den Grenzregionen ***und die Situation der mobilen Arbeitnehmer – insbesondere der grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen und Grenzgänger – berücksichtigt werden.*** |

**Änderungsantrag 84**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 16 – Absatz 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***2a. Eine Beschränkung der Freizügigkeit von Unionsbürgerinnen und -bürgern und ihren Familienmitgliedern sowie von Drittstaatsangehörigen mit rechtmäßigem Aufenthalt oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten sowie von Flüchtlingen und Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit oder andere Maßnahmen gleicher Wirkung dürfen nicht ohne eine Risikobewertung durchgeführt werden;*** |

**Änderungsantrag 85**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 16 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Etwaige Anforderungen, die den Bürgerinnen und Bürgern ***und Unternehmen*** auferlegt werden, verursachen keinen unangemessenen oder unnötigen Verwaltungsaufwand. | 3. Etwaige Anforderungen, die den Bürgerinnen und Bürgern***, Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Wirtschaftsteilnehmern*** auferlegt werden, verursachen keinen unangemessenen oder unnötigen Verwaltungsaufwand. |

**Änderungsantrag 86**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 16 – Absatz 4**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 4. Die Mitgliedstaaten informieren die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbraucher, ***Unternehmen,*** Arbeitnehmer und ihre Vertreter klar und unmissverständlich über Maßnahmen, die ihre Rechte auf freien Verkehr betreffen. | 4. Die Mitgliedstaaten informieren die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbraucher, ***Wirtschaftsteilnehmer,*** Arbeitnehmer***, Arbeitgeber*** und ihre Vertreter klar***, rechtzeitig*** und unmissverständlich über Maßnahmen, die ihre Rechte auf freien Verkehr betreffen***, um für Rechtssicherheit zu sorgen und die grenzüberschreitende Koordinierung zu erleichtern***. ***Die Mitgliedstaaten arbeiten eng mit den Sozialpartnern auf nationaler und lokaler Ebene zusammen, um die wirksame Verbreitung relevanter Informationen bei den Arbeitnehmern und den Wirtschaftsbeteiligten sicherzustellen. Alle Informieren werden elektronisch bereitgestellt, sind für Menschen mit Behinderungen leicht zugänglich und werden insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen in den entsprechenden Sprachen zur Verfügung gestellt.*** |

**Änderungsantrag 87**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 16 – Absatz 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 5. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle betroffenen Interessenträger über Maßnahmen zur Einschränkung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmer und Dienstleister, informiert werden, bevor diese in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten sorgen für einen ständigen Dialog mit ***den*** Interessenträgern***, einschließlich der Kommunikation mit den Sozialpartnern*** und internationalen Partnern. | 5. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle betroffenen Interessenträger über Maßnahmen zur Einschränkung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Personen, einschließlich Arbeitnehmer und Dienstleister, ***sowie das vorgesehene Auslaufen dieser Maßnahmen*** informiert werden, bevor diese in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten ***beziehen die Sozialpartner ordnungsgemäß in die Ausarbeitung und gegebenenfalls die Umsetzung einer Maßnahme mit Auswirkungen auf die Freizügigkeit ein und*** sorgen für einen |

| | |
|---|---|
| | ständigen Dialog mit ***anderen*** Interessenträgern und internationalen Partnern. |

**Änderungsantrag 88**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Maßnahmen, die zu Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten oder den Bürgerinnen und Bürgern, auch in ihrer Eigenschaft als Dienstleister oder Arbeitnehmer, die unmittelbar auf der Staatsangehörigkeit oder im Falle von Unternehmen auf dem Ort des eingetragenen Geschäftssitzes, der Hauptverwaltung oder der Hauptniederlassung beruht, führen; | c) Maßnahmen, die zu Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten oder den Bürgerinnen und Bürgern, auch in ihrer Eigenschaft als Dienstleister oder Arbeitnehmer, die unmittelbar ***oder mittelbar*** auf der Staatsangehörigkeit oder im Falle von Unternehmen auf dem Ort des eingetragenen Geschäftssitzes, der Hauptverwaltung oder der Hauptniederlassung beruht, führen; |

**Änderungsantrag 89**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe d – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| d) Beschränkungen des freien Verkehrs von Personen, die an der Herstellung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Waren und deren Teilen oder an der Erbringung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Dienstleistungen beteiligt sind, oder andere Maßnahmen gleicher Wirkung, die | d) Beschränkungen des freien Verkehrs von Personen, die an der Herstellung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Waren und deren Teilen oder an der Erbringung von in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführten krisenrelevanten Dienstleistungen beteiligt sind ***oder die von wesentlicher Bedeutung für das Funktionieren des gestörten Sektors sind***, oder andere Maßnahmen gleicher Wirkung, die |

**Änderungsantrag 90**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 1 – Buchstabe d – Ziffer ii**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ii) eine unmittelbare Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit der Person darstellen. | ii) eine unmittelbare ***oder mittelbare*** Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit der Person darstellen. |

**Änderungsantrag 91**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 2 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt und im Rahmen ihrer Reaktion auf den Binnenmarkt-Notfall sehen die Mitgliedstaaten von Folgendem ab, es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise: | 2. Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt und im Rahmen ihrer Reaktion auf den Binnenmarkt-Notfall sehen die Mitgliedstaaten von Folgendem ab, es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise ***aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit und ist zum Erreichen des angeblich verfolgten Ziels verhältnismäßig***: |

**Änderungsantrag 92**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 3 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt und im Rahmen ihrer Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall sehen die Mitgliedstaaten von Folgendem ab, es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise/des Binnenmarkt-Notfalls: | 3. Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt und im Rahmen ihrer Reaktion auf einen Binnenmarkt-Notfall sehen die Mitgliedstaaten von Folgendem ab, es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise/des Binnenmarkt-Notfalls ***aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit und ist zum Erreichen des angeblich verfolgten Ziels verhältnismäßig***: |

**Änderungsantrag 93**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 4 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) Anwendung großzügigerer Vorschriften für Reisen zwischen einem Mitgliedstaat und einem bestimmten anderen Mitgliedstaat bzw. einer Gruppe bestimmter Mitgliedstaaten im Vergleich zu Reisen in andere und aus anderen Mitgliedstaaten, es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise/des Binnenmarkt-Notfalls; | a) Anwendung großzügigerer Vorschriften für Reisen zwischen einem Mitgliedstaat und einem bestimmten anderen Mitgliedstaat bzw. einer Gruppe bestimmter Mitgliedstaaten im Vergleich zu Reisen in andere und aus anderen Mitgliedstaaten, es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise/des Binnenmarkt-Notfalls ***aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit und ist zum Erreichen des angeblich verfolgten Ziels verhältnismäßig***; |

**Änderungsantrag 94**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 4 – Buchstabe d**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| d) Verhängung von Reiseverboten, einschließlich für Reisen aus zwingenden familiären Gründen, die zur Erreichung eines berechtigten öffentlichen Interesses, das mit diesen Maßnahmen verfolgt werden soll, nicht ***geeignet*** sind oder die offensichtlich über das hinausgehen, was zur Erreichung dieses Ziels erforderlich ist; | d) Verhängung von Reiseverboten, einschließlich für Reisen aus zwingenden familiären Gründen, die zur Erreichung eines berechtigten öffentlichen Interesses, das mit diesen Maßnahmen verfolgt werden soll, nicht ***verhältnismäßig*** sind oder die offensichtlich über das hinausgehen, was zur Erreichung dieses Ziels erforderlich ist; |

**Änderungsantrag 95**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 4 – Buchstabe e**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| e) Auferlegung von Beschränkungen | e) Auferlegung von Beschränkungen |

| | |
|---|---|
| für Arbeitnehmer und Dienstleister sowie deren Vertreter, ***es sei denn, dies ergibt sich aus der Art der Krise/des Binnenmarkt-Notfalls und geht offensichtlich nicht über das für diesen Zweck erforderliche Maß hinaus***. | für Arbeitnehmer und Dienstleister sowie deren Vertreter, ***die zum Erreichen des angeblich mit diesen Maßnahmen verfolgten Ziels nicht verhältnismäßig sind. Zu diesem Zweck sollten die Bedürfnisse der mobilen Arbeitnehmer – insbesondere der Grenzgänger und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen – gebührend berücksichtigt werden, die auf die Freizügigkeit angewiesen sind, um Zugang zu ihrem Arbeitsplatz zu haben, insbesondere in Berufen, die eine physische Anwesenheit erfordern, sowie Arbeitnehmer, die in Telearbeit tätig sein können, diese Tätigkeit aber in einem bestimmten Mitgliedstaat ausüben müssen***. |

**Änderungsantrag 96**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 5. Wurde der Binnenmarkt-Notfall gemäß Artikel 14 ausgerufen und sind die Tätigkeiten der Dienstleister, Unternehmensvertreter und Arbeitnehmer von der Krise in ***dem jeweiligen*** Mitgliedstaat nicht betroffen und ist ein sicheres Reisen trotz der Krise möglich, so ***verhängt der jeweilige Mitgliedstaat*** für diese Gruppen von Personen aus anderen Mitgliedstaaten keine Reisebeschränkungen, die sie am Zugang zu ihrem Tätigkeitsort oder Arbeitsplatz hindern würden. | 5. Wurde der Binnenmarkt-Notfall gemäß Artikel 14 ausgerufen und sind die Tätigkeiten der Dienstleister, Unternehmensvertreter und Arbeitnehmer von der Krise in ***einem*** Mitgliedstaat nicht betroffen und ist ein sicheres Reisen trotz der Krise möglich, so ***verhängen die Mitgliedstaaten*** für diese Gruppen von Personen aus anderen Mitgliedstaaten keine Reisebeschränkungen, die sie am Zugang zu ihrem Tätigkeitsort oder Arbeitsplatz hindern würden***, sofern ihre Gesundheit und Sicherheit auf der Grundlage der Gleichbehandlung mit Personen in einer vergleichbaren Situation in dem betreffenden Sektor des Aufnahmemitgliedstaats sichergestellt ist***. |

**Änderungsantrag 97**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 6 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 6. Wurde der Binnenmarkt-Notfall gemäß Artikel 14 ausgerufen und ermöglichen außergewöhnliche Umstände infolge der Krise nicht allen Dienstleistern, Unternehmensvertretern und Arbeitnehmern aus anderen Mitgliedstaaten die Reise und den ungehinderten Zugang zu ihrem Tätigkeitsort oder Arbeitsplatz, doch sind Reisen nach wie vor möglich, so verhängen die Mitgliedstaaten keine Reisebeschränkungen für | 6. Wurde der Binnenmarkt-Notfall gemäß Artikel 14 ausgerufen und ermöglichen außergewöhnliche Umstände infolge der Krise nicht allen Dienstleistern, Unternehmensvertretern und Arbeitnehmern aus anderen Mitgliedstaaten die Reise und den ungehinderten Zugang zu ihrem Tätigkeitsort oder Arbeitsplatz, doch sind Reisen nach wie vor möglich, so verhängen die Mitgliedstaaten keine Reisebeschränkungen ***für folgende Personengruppen, sofern ihre Gesundheit und Sicherheit auf der Grundlage der Gleichbehandlung mit Personen in einer vergleichbaren Situation in dem betreffenden Sektor des Aufnahmemitgliedstaats sichergestellt ist***: |

**Änderungsantrag 98**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 6 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) Dienstleister, die krisenrelevante Dienstleistungen erbringen, die in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführt sind, oder Unternehmensvertreter oder Arbeitnehmer, die an der Herstellung krisenrelevanter Waren bzw. der Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen beteiligt sind, die in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführt sind, um ihnen den Zugang zu ihrem Tätigkeitsort zu ermöglichen, sofern die Ausübung von Tätigkeiten in dem betreffenden Sektor in dem betreffenden ***Mitgliedstaat*** noch erlaubt ist; | a) Dienstleister, die krisenrelevante Dienstleistungen erbringen, die in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführt sind, oder Unternehmensvertreter oder Arbeitnehmer, die an der Herstellung krisenrelevanter Waren bzw. der Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen beteiligt sind, die in einem gemäß Artikel 14 Absatz 5 erlassenen Durchführungsrechtsakt aufgeführt sind***, einschließlich derjenigen, die für das Funktionieren des gestörten Sektors unerlässlich sind***, um ihnen den Zugang zu ihrem Tätigkeitsort zu ermöglichen, sofern die Ausübung von Tätigkeiten in dem betreffenden Sektor in |

| | |
|---|---|
| | dem betreffenden ***Aufnahmemitgliedstaat*** noch erlaubt ist; |

**Änderungsantrag 99**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 17 – Absatz 7**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 7. Bei der Ergreifung der in dieser Bestimmung genannten Maßnahmen stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Verträge und das Unionsrecht in vollem Umfang eingehalten werden. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, dass Beschränkungen des freien Verkehrs, die den Verträgen oder anderen Bestimmungen des Unionsrechts zuwiderlaufen, genehmigt oder gerechtfertigt werden. | 7. Bei der Ergreifung der in dieser Bestimmung genannten Maßnahmen stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Verträge und das Unionsrecht in vollem Umfang eingehalten werden***, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmer, Dienstleister und Unternehmensvertreter, wobei dafür Sorge zu tragen ist, dass sie ihre Freizügigkeit unter sicheren Bedingungen wahrnehmen können***. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, dass Beschränkungen des freien Verkehrs, die den Verträgen oder anderen Bestimmungen des Unionsrechts zuwiderlaufen, genehmigt oder gerechtfertigt werden. |

**Änderungsantrag 100**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 18 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten unterstützende Maßnahmen ***zur Stärkung der Freizügigkeit gemäß Artikel 17 Absätze 6 und 7*** vorsehen. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 422 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission nach | 1. Während des Notfallmodus für den Binnenmarkt kann die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten unterstützende Maßnahmen vorsehen***, um die Freizügigkeit der in Artikel 17 Absätze 6 und 7 genannten Personen zu fördern und sicherzustellen, dass sie ihre Freizügigkeit unter sicheren Bedingungen ausüben können***. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem Prüfverfahren gemäß Artikel 422 Absatz 2 erlassen. In hinreichend begründeten Fällen |

| | |
|---|---|
| dem Verfahren gemäß Artikel 42 Absatz 3 unmittelbar geltende Durchführungsrechtsakte. | äußerster Dringlichkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt erlässt die Kommission nach dem Verfahren gemäß Artikel 42 Absatz 3 unmittelbar geltende Durchführungsrechtsakte. |

**Änderungsantrag 101**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 18 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Stellt die Kommission während des Notfallmodus für den Binnenmarkt fest, dass die Mitgliedstaaten Vorlagen für die Bescheinigung eingeführt haben, dass es sich bei der Person oder dem Wirtschaftsteilnehmer um einen Dienstleister, der krisenrelevante Dienstleistungen erbringt, um einen Unternehmensvertreter oder Arbeitnehmer, der an der Herstellung krisenrelevanter Waren oder der Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen beteiligt ist, oder um eine Katastrophenschutzkraft handelt, und ist sie der Auffassung, dass die Verwendung unterschiedlicher Vorlagen durch die einzelnen Mitgliedstaaten ein Hindernis für den freien Verkehr während eines Binnenmarkt-Notfalls darstellt, so kann sie, wenn sie dies zur Unterstützung des freien Verkehrs dieser Personengruppen und ihrer Ausrüstung während des laufenden Binnenmarkt-Notfalls für erforderlich hält, im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorlagen für die Bescheinigung vorgeben, dass sie die einschlägigen Kriterien für die Anwendung von Artikel 17 Absatz 6 in allen Mitgliedstaaten erfüllen. | 2. Stellt die Kommission während des Notfallmodus für den Binnenmarkt fest, dass die Mitgliedstaaten Vorlagen für die Bescheinigung eingeführt haben, dass es sich bei der Person oder dem Wirtschaftsteilnehmer um einen Dienstleister, der krisenrelevante Dienstleistungen erbringt, um einen Unternehmensvertreter oder Arbeitnehmer, der an der Herstellung krisenrelevanter Waren oder der Erbringung krisenrelevanter Dienstleistungen beteiligt ist, oder um eine Katastrophenschutzkraft handelt, und ist sie der Auffassung, dass die Verwendung unterschiedlicher Vorlagen durch die einzelnen Mitgliedstaaten ein Hindernis für den freien Verkehr während eines Binnenmarkt-Notfalls darstellt, so kann sie, wenn sie dies zur Unterstützung des freien Verkehrs dieser Personengruppen und ihrer Ausrüstung während des laufenden Binnenmarkt-Notfalls für erforderlich hält, im Wege von Durchführungsrechtsakten Vorlagen für die Bescheinigung vorgeben, dass sie die einschlägigen Kriterien für die Anwendung von Artikel 17 Absatz 6 in allen Mitgliedstaaten erfüllen. ***Um die Verwendung dieser Vorlagen zu erleichtern, kann die Kommission auf digitale Lösungen zurückgreifen.*** |

**Änderungsantrag 102**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 19 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Bei einem Binnenmarkt-Notfall teilen die Mitgliedstaaten der Kommission alle Entwürfe ***krisenrelevanter*** Maßnahmen zur Beschränkung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie ***krisenrelevanter Beschränkungen*** des freien Verkehrs von Personen, einschließlich Arbeitnehmer, unter Angabe der Gründe für diese Maßnahmen mit. | Bei einem Binnenmarkt-Notfall teilen die Mitgliedstaaten der Kommission alle Entwürfe ***von*** Maßnahmen ***und Beschränkungen im Zusammenhang mit der Krise, insbesondere diejenigen*** zur Beschränkung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie des freien Verkehrs von Personen, einschließlich Arbeitnehmer, unter Angabe der Gründe für diese Maßnahmen ***und Beschränkungen sowie Sonderregelungen zur Erleichterung der Freizügigkeit von mobilen Arbeitnehmern in krisenrelevanten Sektoren, einschließlich Grenzgängern und grenzüberschreitend erwerbstätigen Personen, mit***. |

**Änderungsantrag 103**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 19 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine ***Begründung***, aus der hervorgeht, dass der Erlass ***einer solchen Maßnahme*** gerechtfertigt ***und*** verhältnismäßig ist***, sofern eine solche Begründung nicht bereits in der mitgeteilten Maßnahme enthalten war***. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission den vollständigen Wortlaut der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die die Maßnahme enthalten oder durch sie geändert werden. | 2. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission eine ***Erklärung***, aus der hervorgeht, dass der Erlass ***solcher Maßnahmen oder Beschränkungen*** gerechtfertigt***,*** verhältnismäßig ***und nicht diskriminierend*** ist. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission den vollständigen Wortlaut der nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die die Maßnahme enthalten oder durch sie geändert werden. |

**Änderungsantrag 104**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 19 – Absatz 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 6. Die Kommission stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger ***und Unternehmen*** über die mitgeteilten Maßnahmen sowie über die gemäß diesem Artikel erlassenen Beschlüsse und die Stellungnahmen der Mitgliedstaaten informiert werden, es sei denn, ***die Mitgliedstaaten beantragen, dass die Maßnahmen vertraulich behandelt werden, oder*** die Kommission ***ist der Auffassung, dass*** die Offenlegung dieser Maßnahmen die Sicherheit ***und die öffentliche Ordnung*** der Europäischen Union oder ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen würde. | 6. Die Kommission stellt sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger ***, Arbeitnehmer, Wirtschaftsteilnehmer, Sozialpartner und sonstigen betroffenen Interessenträger*** über die mitgeteilten Maßnahmen sowie über die gemäß diesem Artikel erlassenen Beschlüsse und die Stellungnahmen der Mitgliedstaaten ***klar und eindeutig*** informiert werden, es sei denn, die Kommission ***oder die Mitgliedstaaten sind der Auffassung, dass*** die Offenlegung dieser Maßnahmen die ***öffentliche Ordnung und die*** Sicherheit der Europäischen Union oder ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen würde. |

**Änderungsantrag 105**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 21 – Absatz 1 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 1. Die Mitgliedstaaten betreiben nationale zentrale Anlaufstellen, die den Bürgerinnen und Bürgern, Verbrauchern, Wirtschaftsteilnehmern und Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern behilflich sind bei | 1. Die Mitgliedstaaten betreiben ***im Zusammenwirken mit den Sozialpartnern*** nationale zentrale Anlaufstellen, die den Bürgerinnen und Bürgern***, Organisationen der Zivilgesellschaft***, Verbrauchern, Wirtschaftsteilnehmern und Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern behilflich sind bei |

**Änderungsantrag 106**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 21 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger, | 2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger, |

| | |
|---|---|
| Verbraucher, Wirtschaftsteilnehmer und Arbeitnehmer sowie deren Vertreter auf Anfrage über die jeweiligen zentralen Anlaufstellen von den zuständigen Behörden Informationen darüber erhalten können, wie die jeweiligen nationalen Krisenreaktionsmaßnahmen im Allgemeinen ausgelegt und angewandt werden. Diese Informationen umfassen gegebenenfalls einen Schritt-für-Schritt-Leitfaden. Die erteilten Informationen sind klar und verständlich formuliert. Sie sind aus der Ferne und auf elektronischem Wege leicht zugänglich und werden auf dem neuesten Stand gehalten. | Verbraucher***, Organisationen der Zivilgesellschaft***, Wirtschaftsteilnehmer und Arbeitnehmer sowie deren Vertreter auf Anfrage über die jeweiligen zentralen Anlaufstellen von den zuständigen Behörden Informationen darüber erhalten können, wie die jeweiligen nationalen Krisenreaktionsmaßnahmen im Allgemeinen ausgelegt und angewandt werden. Diese Informationen umfassen gegebenenfalls einen Schritt-für-Schritt-Leitfaden. Die erteilten Informationen sind klar und verständlich formuliert ***und für Menschen mit Behinderungen zugänglich***. Sie sind ***auch*** aus der Ferne und auf elektronischem Wege leicht zugänglich und werden auf dem neuesten Stand gehalten. |

**Änderungsantrag 107**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 22 – Absatz 2 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Die zentrale Anlaufstelle auf Unionsebene ist den Bürgerinnen und Bürgern, Verbrauchern, Wirtschaftsteilnehmern und Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern behilflich bei | 2. Die zentrale Anlaufstelle auf Unionsebene ist den Bürgerinnen und Bürgern, ***Organisationen der Zivilgesellschaft,*** Verbrauchern, Wirtschaftsteilnehmern ***und*** Arbeitnehmern sowie ihren Vertretern behilflich bei |

**Änderungsantrag 108**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 22 – Absatz 2 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) der Anforderung und Einholung von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf Unionsebene, die für den ausgerufenen Binnenmarkt-Notfall relevant sind oder | a) der Anforderung und Einholung von Informationen über Krisenreaktionsmaßnahmen auf Unionsebene ***und nationaler Ebene***, die für den ausgerufenen Binnenmarkt-Notfall |

| | |
|---|---|
| Auswirkungen auf die Ausübung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit von Personen und Arbeitnehmern haben; | relevant sind oder Auswirkungen auf die Ausübung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit von Personen und Arbeitnehmern haben; |

**Änderungsantrag 109**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 27 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. Weigert sich ein Wirtschaftsteilnehmer, Aufträge anzunehmen und vorrangig zu behandeln, so kann die Kommission in diesen Fällen von sich aus oder auf Ersuchen von 14 Mitgliedstaaten die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des Rückgriffs auf vorrangige Aufträge prüfen. Dabei gibt sie dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer sowie allen Parteien, die nachweislich von dem potenziellen vorrangigen Auftrag betroffen sind, die Möglichkeit, innerhalb einer angemessenen Frist, die von der Kommission unter Berücksichtigung der im jeweiligen Fall vorliegenden Umstände festgelegt wird, Stellung zu nehmen. Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Kommission im Anschluss an eine solche Prüfung einen Durchführungsrechtsakt an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer richten und ihn auffordern, die im Durchführungsrechtsakt festgelegten Aufträge anzunehmen und vorrangig zu behandeln bzw. zu erläutern, warum dies für den Wirtschaftsteilnehmer nicht möglich oder angemessen ist. Der Beschluss der Kommission beruht auf objektiven Daten, aus denen hervorgeht, dass eine solche vorrangige Behandlung für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich ist. | 2. Weigert sich ein Wirtschaftsteilnehmer, Aufträge anzunehmen oder vorrangig zu behandeln, so kann die Kommission in diesen Fällen von sich aus oder auf Ersuchen von 14 Mitgliedstaaten die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit des Rückgriffs auf vorrangige Aufträge prüfen. Dabei gibt sie dem betreffenden Wirtschaftsteilnehmer sowie allen Parteien, die nachweislich von dem potenziellen vorrangigen Auftrag betroffen sind, ***einschließlich Vertretern der Arbeitnehmer und Gewerkschaften,*** die Möglichkeit, ***nachdem die Parteien umfassende Informationen erhalten haben,*** innerhalb einer angemessenen Frist, die von der Kommission unter Berücksichtigung der im jeweiligen Fall vorliegenden Umstände festgelegt wird, Stellung zu nehmen. Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Kommission im Anschluss an eine solche Prüfung einen Durchführungsrechtsakt an den betreffenden Wirtschaftsteilnehmer richten und ihn auffordern, die im Durchführungsrechtsakt festgelegten Aufträge anzunehmen und vorrangig zu behandeln bzw. zu erläutern, warum dies für den Wirtschaftsteilnehmer nicht möglich oder angemessen ist. Der Beschluss der Kommission beruht auf objektiven Daten, aus denen hervorgeht, dass eine solche vorrangige Behandlung für die Aufrechterhaltung essenzieller gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher |

| | |
|---|---|
| | Tätigkeiten im Binnenmarkt unerlässlich ist***. Arbeitnehmer, die von einem solchen Beschluss betroffen sind, werden zu den Modalitäten konsultiert und erhalten gegebenenfalls im Einklang mit dem nationalen Recht und dem Unionsrecht Weiterbildungen und eine Entschädigung. Die Vorschriften zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz müssen jederzeit eingehalten werden.*** |

**Änderungsantrag 110**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 27 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 3. Nimmt der Wirtschaftsteilnehmer, an den der in Absatz 2 genannte Beschluss gerichtet ist, die Verpflichtung zur Annahme und vorrangigen Behandlung der im Beschluss genannten Aufträge an, so geht diese Verpflichtung jeder anderen Erfüllungsverpflichtung nach privatem oder öffentlichem Recht vor. | 3. Nimmt der Wirtschaftsteilnehmer, an den der in Absatz 2 genannte Beschluss gerichtet ist, die Verpflichtung zur Annahme und vorrangigen Behandlung der im Beschluss genannten Aufträge an, so geht diese Verpflichtung jeder anderen Erfüllungsverpflichtung nach privatem oder öffentlichem Recht vor. ***Bei einer vorrangigen Behandlung der in dem Beschluss aufgeführten Aufträge müssen die Wirtschaftsteilnehmer sicherstellen, dass sie ihren Verpflichtungen nach dem Arbeitsrecht der Union und dem nationalen Arbeitsrecht, insbesondere mit Blick auf Arbeitnehmerrechte und Arbeitsbedingungen, umfassend nachkommen.*** |

**Änderungsantrag 111**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 33 – Absatz 2 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) Beschleunigung der Erteilung von Genehmigungen für krisenrelevante | c) Beschleunigung der Erteilung von Genehmigungen für krisenrelevante Waren |

| | |
|---|---|
| Waren. | ***unter uneingeschränkter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften, einschließlich Vorschriften zu Gesundheitsschutz und Sicherheit sowie zum Umwelt- und Verbraucherschutz.*** |

**Änderungsantrag 112**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 39 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 39a*** |
| | ***Klausel über das Verbot eines verminderten Schutzniveaus*** |
| | ***1. Diese Richtlinie berührt nicht das Recht der Mitgliedstaaten, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer günstigere Rechts- oder Verwaltungsvorschriften anzuwenden oder zu erlassen oder die Anwendung von für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer günstigeren Tarifverträgen zu fördern oder zuzulassen.*** |

**Änderungsantrag 113**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 45 – Überschrift**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***Aufhebung*** | ***Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98*** |

**Änderungsantrag114**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 45 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Verordnung des Rates (EG) | ***Die Artikel 3, 4 und 5 der*** Verordnung |

| | |
|---|---|
| Nr. 2679/98 ***wird mit Wirkung vom [Datum] aufgehoben***. | (EG) Nr. 2679/98 des Rates ***finden während der Dauer des Notfallmodus für den Binnenmarkt keine Anwendung.*** |

**Änderungsantrag 115**

**Vorschlag für eine Verordnung**
**Artikel 45 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***2. Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 wird wie folgt geändert: „Diese Verordnung berührt in keiner Weise die Ausübung der in den Mitgliedstaaten und auf Unionsebene anerkannten Grundrechte, einschließlich des Rechts oder der Freiheit zum Streik oder zur Durchführung anderer Maßnahmen, die im Rahmen der spezifischen Systeme der Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsbeziehungen nach deren nationalem Recht und/oder deren nationalen Gepflogenheiten vorgesehen sind. Sie berührt auch nicht das Recht, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und/oder nationalen Gepflogenheiten Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen oder kollektive Maßnahmen zu ergreifen.“*** |

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

| | |
|---|---|
| **Titel** | Schaffung eines Notfallinstruments für den Binnenmarkt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 des Rates |
| **Bezugsdokumente – Verfahrensnummer** | COM(2022)0459 – C9-0315/2022 – 2022/0278(COD) |
| **Federführender Ausschuss**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | IMCO<br>9.11.2022 |
| **Stellungnahme von**<br>Datum der Bekanntgabe im Plenum | EMPL<br>9.11.2022 |
| **Verfasser(in) der Stellungnahme**<br>Datum der Benennung | Marc Angel<br>17.11.2022 |
| **Prüfung im Ausschuss** | 22.3.2023 |
| **Datum der Annahme** | 28.6.2023 |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +: 38<br>–: 0<br>0: 8 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | João Albuquerque, Atidzhe Alieva-Veli, Marc Angel, Vilija Blinkevičiūtė, Milan Brglez, David Casa, Leila Chaibi, Ilan De Basso, Margarita de la Pisa Carrión, Özlem Demirel, Jarosław Duda, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Loucas Fourlas, Cindy Franssen, Chiara Gemma, Helmut Geuking, Elisabetta Gualmini, Agnes Jongerius, Irena Joveva, Radan Kanev, Katrin Langensiepen, Miriam Lexmann, Elena Lizzi, Sara Matthieu, Jörg Meuthen, Max Orville, Kira Marie Peter-Hansen, Dragoş Pîslaru, Dennis Radtke, Elżbieta Rafalska, Daniela Rondinelli, Mounir Satouri, Romana Tomc, Marianne Vind, Maria Walsh, Tomáš Zdechovský |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Konstantinos Arvanitis, Marc Botenga, Antonio Maria Rinaldi, Anna Zalewska |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)** | Clara Aguilera, Attila Ara-Kovács, Marie Dauchy, Marian-Jean Marinescu, Karen Melchior, Maite Pagazaurtundúa |

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

| 38 | + |
|---|---|
| PPE | David Casa, Jarosław Duda, Loucas Fourlas, Cindy Franssen, Helmut Geuking, Radan Kanev, Miriam Lexmann, Marian-Jean Marinescu, Dennis Radtke, Romana Tomc, Maria Walsh, Tomáš Zdechovský |
| Renew | Atidzhe Alieva-Veli, Lucia Ďuriš Nicholsonová, Irena Joveva, Karen Melchior, Max Orville, Maite Pagazaurtundúa, Dragoş Pîslaru |
| S&D | Clara Aguilera, João Albuquerque, Marc Angel, Attila Ara-Kovács, Vilija Blinkevičiūtė, Milan Brglez, Ilan De Basso, Elisabetta Gualmini, Agnes Jongerius, Daniela Rondinelli, Marianne Vind |
| The Left | Konstantinos Arvanitis, Marc Botenga, Leila Chaibi, Özlem Demirel |
| Verts/ALE | Katrin Langensiepen, Sara Matthieu, Kira Marie Peter-Hansen, Mounir Satouri |

| 0 | - |
|---|---|
| | |

| 8 | 0 |
|---|---|
| ECR | Chiara Gemma, Margarita de la Pisa Carrión, Elżbieta Rafalska, Anna Zalewska |
| ID | Marie Dauchy, Elena Lizzi, Antonio Maria Rinaldi |
| NI | Jörg Meuthen |

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung